



Ernst Hunsicker

Eigensicherung der Polizei und Schutz der Bevölkerung

Personelle und materielle Ausstattung der Polizei zur
Eigensicherung sowie zum Schutz der Bevölkerung

7., überarbeitete & ergänzte Auflage (2024)



BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Coverbild: Kauki; Septimiu88 @pixabay.com

Impressum:

Copyright © 2024 GRIN Verlag
ISBN: 9783656884279

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/288276>

Ernst Hunsicker

**Eigensicherung der Polizei und Schutz der Bevölkerung.
Personelle und materielle Ausstattung der Polizei zur
Eigensicherung sowie zum Schutz der Bevölkerung**

7., überarbeitete & ergänzte Auflage (2024)

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Ernst Hunsicker

Eigensicherung der Polizei und Schutz der Bevölkerung

Personelle und materielle Ausstattung der Polizei zur Eigensicherung sowie zum Schutz der Bevölkerung

7., überarbeitete & ergänzte Auflage (2024)

Vorwort zur 7. Auflage

- Zwischenbericht „Polizei-Studie: Klagen über Ausstattung und Justiz-Frust“ (vgl. **Kapitel 1.2: Neue Dimension der Gewalt gegen die Polizei**),
- USE-Einheiten Hamburg (vgl. **Kapitel 7: Vorbereitung auf lebensbedrohliche Einsatzlagen**),
- Bemerkenswert Aussagen der SPD-Innenpolitikerinnen und SPD-Innenpolitiker in Niedersachsen: „Die gesamte Polizei müsse endlich die Wertschätzung erfahren, die ihr zustehe.“ (vgl. **Kapitel 14.2: Exkurs: Spezielle Belange der Kriminalpolizei**),
- Polizeibeauftragte [vgl. **Kapitel 1.3: Exkurs: Rechtsextremistische Tendenzen sowie latenter Rassismus (Racial Profiling) in der Polizei und dadurch Vertrauensverlust in die Polizei als Folge?**],
- Ampel beschließt Polizeibeauftragten für den Bund und Scharfe Kritik an Verfahren (vgl. „**Letzte Meldungen**“),
- Hassposting: Faeser verspricht Fortschritte bei Datenspeicherung¹ – 11 Dez. 2023 (vgl. **Kapitel 3: Innere Sicherheit – Was die Parteien planen**),
- Messerangriffe: Erstellen einer Datengrundlage durch die Kriminologische Zentralstelle als zentrale Forschungseinrichtung des Bundes und der Länder (vgl. **Kapitel 1.4: Exkurs: Kundenbefragung/-zufriedenheit in Osnabrück, danach: Weiter mit: Polizisten/innen als Opfer von Gewalt**),
- Stromstoß bei Schusstreffer / Virtual Reality/VR-System (vgl. **Kapitel 13: Exkurs: Schusswaffengebrauch durch die Polizei**),
- Polizeiliches Vorgehen gegen Klimaaktivisten und ähnliche Gruppierungen (vgl. **Kapitel 17.4: Klimaaktivisten und ähnliche Gruppierungen**),
- Künstliche Intelligenz soll bei Gefahrenabwehr helfen: Strichmännchen gegen Kriminalität [vgl. **Kapitel 4.6: Body-Cams, „Strichmännchen gegen Kriminalität“ und Künstliche Intelligenz (KI)**],
Dazu: Neue europäische KI-Verordnung (Gesichtserkennung & GPT-Sprachmodelle²), [vgl. **Kapitel 4.6: Body-Cams, „Strichmännchen gegen Kriminalität“ und Künstliche Intelligenz (KI)**],
- LINKS / Forschungsprojekt Katastrophenschutz (vgl. **Kapitel 3: Innere Sicherheit – Was die Parteien planen**),
- Voller Einsatz für alle Polizeibesetzte: anstehende Tarifverhandlungen, Personal und Nachwuchs, aktuelle innenpolitische Fragen –

¹ Hinweis: Es geht um die Vorratsdatenspeicherung.

² ChatGPT ist ein fortschrittlicher Chat-Bot, der menschenähnlich kommuniziert.

Lobenswerte Zusammenarbeit der drei niedersächsischen Polizei-Berufsvertretungen (vgl. **Kapitel 18: Fazit über alles**),

- GdP Niedersachsen kritisiert geplanten Polizeibeauftragten [vgl. **Kapitel 1.3: Exkurs: Rechtsextremistische Tendenzen sowie latenter Rassismus (Racial Profiling) in der Polizei und dadurch Vertrauensverlust in die Polizei als Folge?**],
- Gewalt gegen Einsatzkräfte – RND-Umfrage in allen 16 Bundesländern für 2022 (vgl. **Kapitel 1.1: Zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte**),
- **Dazu:** Das Land Rheinland-Pfalz investiert im laufenden Haushaltsjahr (2023) eine Sonderzahlung von weiteren knapp 2 Mio. Euro in die Schutzausrüstung für die Polizei (vgl. **Kapitel 1.1: Zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte**),
- Rheinland-Pfalz ist, was die Kripo-Ausbildung betrifft, wegweisend (vgl. **Kapitel 14.2: Exkurs: Spezielle Belange der Kriminalpolizei**),
- Hamas-Angriffe auf Israel und in der Konsequenz Schutz jüdischer und israelischer Einrichtungen in Deutschland durch die Polizei [vgl. **Kapitel 5: Einsatzbelastung der Polizei (Personalmisere)**],
- **Dazu:** Polizei ist bei Demonstrationen (pro/gegen Israel, pro/gegen Palästina bzw. Hamas) bundesweit gefordert [vgl. **Kapitel 5: Einsatzbelastung der Polizei (Personalmisere)**],
- **Dazu:** Zusätzliche Grenzkontrollen [vgl. **Kapitel 5: Einsatzbelastung der Polizei (Personalmisere)**],
- **Dazu:** Forderung eines Sondervermögens „Innere Sicherheit“ durch die Gewerkschaft der Polizei Bayern – Unterstützung kommt vom Bayerischen Innenminister Herrmann [vgl. **Kapitel 5: Einsatzbelastung der Polizei (Personalmisere)**],
- **Dazu:** Polizeieinsätze Silvester/Neujahr 2023/2024 in Berlin und Köln sowie bundesweite Lage [vgl. **Kapitel 5: Einsatzbelastung der Polizei (Personalmisere)**],
- **Dazu:** Polizeiliches Aufgabenspektrum ohne Ende: Großeinsätze in/an Schulen insbesondere seit dem 28.09.2023 [vgl. **Kapitel 5: Einsatzbelastung der Polizei (Personalmisere)**],
- Strukturelle Verankerung von Demokratiewerk in den Landespolizeien (Projekt), Ausbildung und Einsatz von Demokratiefachkräften und Demokratiefachkräften [vgl. **Kapitel 1.3: Exkurs: Rechtsextremistische Tendenzen sowie latenter Rassismus (Racial Profiling) in der Polizei und dadurch Vertrauensverlust in die Polizei als Folge?**],
- Der Stellenwert der Kriminalpolizei im Land Niedersachsen lässt zu wünschen übrig (vgl. **Kapitel 14.2: Exkurs: Spezielle Belange der Kriminalpolizei**),

- Aktuelles und Historisches zum Muster-Polizeigesetz [vgl. **Kapitel 15.4: Muster-Polizeigesetz für (mehr) innere Sicherheit und körperliche Sicherheit der Vollzugsbeamten/innen**],
- Behrens will Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht tolerieren; auch: 2. Fachsymposium dazu (vgl. „**Letzte Meldungen**“),
- Nicht nur für die Polizei, sondern auch für Mitarbeiter/innen des Ordnungsaußendienstes wird z.B. in Osnabrück „aufgerüstet“ (vgl. „**Letzte Meldungen**“),
- Patrick Seegers im Interview – Was die Gewerkschaft für alle Polizisten in Niedersachsen fordert (vgl. „**Letzte Meldungen**“, **Kapitel 4.3: Elektroschockpistole/Taser, Kapitel 15.3: Beschleunigte Verfahren**),
- **Dazu:** Innenministerin lehnt Taser für alle Polizisten in Niedersachsen ab (vgl. „**Letzte Meldungen**“, **Kapitel 4.3: Elektroschockpistole/Taser**),
- Beiträge zum Cannabisgesetz (vgl. „**Letzte Meldungen**“ und „**Blick zurück**“),
- Unter Buchvorstellungen wurde neu aufgenommen:
 - Schutz der Polizei vor Angriffen – Fachbuch von KD a. D. *Ernst Hunsicker* aktualisiert, in: DER KRIMINALIST 4/2023, S. 45,
 - *Ernst Hunsicker*, Buch/eBook: Eigensicherung der Polizei und Schutz der Bevölkerung, Pressemitteilung WebService - Pressemitteilungen kostenlos veröffentlichen (02.02.2023).

Auf das **Stichwortverzeichnis** habe ich in dieser Auflage **verzichtet**. Im E-Book kann über die Suchfunktion (Suchsymbol) mit Stichwörtern gearbeitet bzw. nach Begriffen etc. gesucht werden.

Ernst Hunsicker

Bad Iburg, im Februar 2024

Kontakt:

ernst-hunsicker@t-online.de

Vorwort zur 6. Auflage

- Der Titel wurde geändert und ist dadurch prägnanter; Titel und Untertitel wurden um den Begriff „Eigensicherung“³ und die Bezeichnung „Schutz der Bevölkerung“ ergänzt. So ergibt sich auch ein Hinweis auf das Leitbild „Die Polizei sichert sich selbst und schützt andere!“⁴.
- Das Buch/eBook erscheint in neu strukturierter Form (Überschriften als Kapitel und Unterkapitel, teils neue Zuordnung). Dadurch wird das Werk wesentlich übersichtlicher und Vergleichshinweise (vgl. ...) sind optimiert.
- Auch hier noch einmal der Hinweis, dass sich themenübergreifende Beiträge folglich nicht einem Kapitel zuordnen lassen.

Neue Kapitel/Unterkapitel und Inhalte:

- Innere Sicherheit - Was die Parteien planen (**Kapitel 3**),
- Dashcams in Polizei-Kfz (**Kapitel 4.16**),
- Krieg in der Ukraine mit Auswirkungen auf die polizeiliche Praxis (**Kapitel 11**),
- Immer wieder neue Herausforderungen und dadurch bedingte Mehrbelastungen für die Polizei – auch für die Justiz und Ordnungskräfte (**Kapitel 17**),
- Fazit über alles (**Kapitel 18**),
- In eigener Sache (Kolumne - Rentner ohne Ruhestand) (**Kapitel 19**).
- Grausames Tötungsdelikt an einer Polizeibeamtin und einem Polizeibeamten im Landkreis Kusel (vgl. **Kapitel 12: Statistische Erfassung: Polizeivollzugsbeamte/innen als Opfer**),
- Innere Sicherheit: „Wollen wir nicht alle geschützt werden?“ Von *Marion Trimborn*“ (vgl. **Kapitel 3: Innere Sicherheit - Was die Parteien planen**),
- Niedersachsens Polizei rüstet auf – Elektrofahrzeuge, ballistische Schutzhelme, Splitterschutzwesten, ein satellitengestütztes

³ Lexikon der Sicherheit: **Eigensicherung bei der Polizei** Die Polizei erachtet die Eigensicherung als so grundlegend, dass ihr sogar ein eigener Leitfaden gewidmet wurde (Nr. 371). Begrifflich wird darin zwischen der Eigensicherung gegen Gefahren und dem Schutz, der im Rahmen von Gefahren gegen andere Personen gegeben wird, unterschieden., URL: <https://lexikon-der-sicherheit.de/glossary/eigensicherung/>

⁴ Vgl. ... Es gibt bei der Polizei ein Leitbild: **Die Polizei sichert sich selbst und schützt andere.** ..., in: Private Sicherheitskräfte bewachen Nürnbergs Polizei (von *Sabine Stoll*, 20.11.2013), URL: <https://www.nordbayern.de/region/nuernberg/private-sicherheitskraefte-bewachen-nuernbergs-polizei-1.3289270>

- Kommunikationssystem (vgl. **Kapitel 4.13: Test in Osnabrück: S-Pe-delecs mit Blaulicht und Sirene sind da!**),
- Fährtenhund-Individualgeruch (FH-I) – zugleich Schutzhund – der Polizeidirektion Osnabrück (vgl. **Kapitel 4.10.1: Diensthunde**),
 - Köln und Düsseldorf: Innenministerium bringt Waffenverbotszonen auf den Weg (vgl. **Kapitel 1.4: Exkurs: Kundenbefragung/-zufriedenheit in Osnabrück – danach: Weiter mit: Polizisten/innen als Opfer von Gewalt**),
 - Polizei nimmt Problemgruppen ins Visier (vgl. **Kapitel 1.2: Neue Dimension der Gewalt gegen die Polizei**),
 - Digitale Spuren: Der WLAN-Router soll neue Möglichkeiten schaffen „Forschungsprojekt WACHMANN“ (vgl. **Kapitel 14.2: Exkurs: Spezielle Belange der Kriminalpolizei**),
 - **Neues thematisches Buch:** Katharina Peukert, Präventive Gewinnabschöpfung im Polizeirecht – Verbindlichkeit ihrer exekutiven Ausgestaltung im Innen- wie Außenverhältnis sowie eine vertiefte Betrachtung des ersten Verfahrensstadiums, der Sicherstellung nach niedersächsischem Landesrecht (RS), ISBN 978-3-428-18038-7 [vgl. **Kapitel 15.4: Muster-Polizeigesetz für (mehr) innere Sicherheit und körperliche Sicherheit der Vollzugsbeamten/innen**],
 - Polizeieinsätze beim Profifußball – Rechnungshöfe wollen Liga zahlen lassen, dazu: Entscheidung Bundesverwaltungsgericht „Erhebung von Mehrkosten im Profifußball“ (vgl. **Kapitel 16: Exkurs: Hochrisikospiele im Profifußball**),
 - Polizeigewerkschaft fordert Taser für Streifenpolizisten (vgl. **Kapitel 4.3: Elektroschockpistole/Taser**),
 - „Roboter-Hund“ bzw. „Robocop“ (vgl. **Kapitel 4.15**),
 - „Vertiefende Spezialisierung“, die nun auch in Niedersachsen als feste Wahlmöglichkeit ab dem 01.10.2022 im Bachelorstudium angeboten werden soll (vgl. **Kapitel 14.2: Exkurs: Spezielle Belange der Kriminalpolizei**),
 - Neuer Höchstwert bei Fall- und Opferzahlen in 2021 (vgl. **Kapitel 1.1: Zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte/innen**),
 - Nach Razzia – 23 mutmaßliche „Reichsbürger“ in U-Haft (vgl. **Kapitel 1.2: Neue Dimension der Gewalt gegen die Polizei**),

- Sachstand Muster-Polizeigesetz – nur noch „Ideenpool“ bzw. „Bau- oder Werkzeugkasten“ [vgl. **Kapitel 15.4: Muster-Polizeigesetz für (mehr) innere Sicherheit und körperliche Sicherheit der Vollzugsbeamten/innen**].

Ernst Hunsicker

Bad Iburg, im Januar 2023

Vorwort zur 5. Auflage

Der Untertitel wurde leicht modifiziert, weil eine personell und materiell gut aufgestellte deutsche Polizei nicht nur sich selbst wirksam sichern (Eigensicherung), sondern auch die Bevölkerung in Deutschland erfolgreich schützen (Prävention, Gefahrenabwehr) sowie Straftaten und Ordnungswidrigkeiten effektiv verfolgen kann (Repression).

Näher eingegangen wird auf das Missverhältnis „Planstellen – Vollzeiteinheiten – Polizeidichte“ und welche personellen Auswirkungen

- der mehr und mehr zunehmende Frauenanteil in der Vollzugspolizei und
- die nicht geringe Anzahl von „Abbrechern/innen“ während der Berufsausbildung (Studierende, in der Ausbildung befindliche Vollzugskräfte)

hat. Diesbezüglich sind

- Einsatzbelastung der Polizei (Personalmisere) sowie
- Frauenförderung und Frauenanteile in der Polizei

in neuen Abschnitten enthalten.

Als ein weiterer Abschnitt ist neu eingefügt:

- Coronavirus: eine neue Herausforderung für die deutsche Polizei.

Im Ergebnis mangelt es der deutschen Polizei an Personal (Vollzugs-, Tarif- und Verwaltungspersonal). Dies wird, was die Kriminalitätsbekämpfung betrifft, auch an den Ausführungen zu

- *Exkurs: Spezielle Belange der Kriminalpolizei* und
- Die Kriminalistik befindet sich auf der Überholspur – Kriminalistik 4.0 ist gefordert

deutlich.

Die Exkurse

- *Rechtsextremistische Tendenzen sowie latenter Rassismus (Racial Profiling) in der Polizei und dadurch Vertrauensverlust in die Polizei als Folge?*,
- *Kundenbefragung/-zufriedenheit in Osnabrück,*
- *Spezielle Belange der Kriminalpolizei,*
- *Abhängigkeitsfaktoren bzw. Einflussgrößen Kriminalität und*
- *Hochrisikospiele im Fußball*

stehen – wie sich schon aus der Bezeichnung „*Exkurs*“ ergibt – nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der eigentlichen Thematik; sie sind aber für das Gesamtbild von Bedeutung.

Einzugehen ist auf die Frage, ob

- rechtsextremistische Tendenzen und
- latenter Rassismus (Racial Profiling)

dem Ansehen der deutschen Polizei in der Öffentlichkeit schaden.

Festzuhalten ist aber auch:

- Der Polizei als eine Säule der Gesellschaft muss mehr Wertschätzung zukommen.⁵

Das gilt nicht nur für Teile der Gesellschaft [fehlende Anerkennung, Respektlosigkeit, Aggressivität → Aggression], sondern auch für die politisch Verantwortlichen [teils keine oder begrenzte Sonderzuwendungen bzw. -zahlungen, kein zufriedenstellender Abbau langer Warte- bzw. Stehzeiten hinsichtlich Ernennungen (Beförderungen) ... und dass bei anhaltender und somit belastender Personalmisere mit Auswirkungen auf den Einsatzwert (gegenüber der Bevölkerung) und das Personal selbst (Überforderung)].

Wenn die Polizei bzw. die Arbeit der Polizei teils nicht unberechtigt kritisiert wird (**z.B.** schlechte Erreichbarkeit, nicht zeitgerechtes Erscheinen am Tat- oder Ereignisort, Mängel in der Einsatzbewältigung, sinkendes Niveau der Ermittlungsarbeit allgemein, schlechte Tatort- oder Ermittlungsarbeit im Einzelfall), so dürfte das primär in der Überforderung – also in Ermangelung ausreichender Personalkapazitäten – begründet sein.

Als neue Unterziffern wurden unter

„1. Polizeien der Länder und des Bundes verstärken/stärken“

eingefügt:

- 1.1 No-Go-Areas und gefährliche Orte bzw. verrufene Orte sowie Clan-Kriminalität,
- 1.2 Ultras und
- 1.3 Entlastungsmöglichkeiten.

⁵ Hinweis auf die lesenswerte Kolumne von *Gerhard Spörl*: „Das sind wirklich die Säulen unserer Gesellschaft“, S. 38 ff., **und** „Der Grantler: Die Polizei – Dein Freund und Prügelknabe“, S. 456 f.

Die Einsatzbelastung der deutschen Polizei steigt enorm (**z.B.** Unterpunkte 1.1 und 1.2 wie vorstehend, rechtsextremistischer Terroranschlag in Halle am 09.10.2019, rassistischer Anschlag in Hanau am 19.02.2020, Corona-Pandemie).

Die Corona-Pandemie ist nach der „Flüchtlingskrise“⁶ wieder eine Herausforderung für die deutsche Polizei – auch, was die Gewalt gegen Polizeikräfte, die von Corona-Leugnern angegriffen werden, betrifft (z.B. Leipzig)⁷. Eine neue Dimension der Gewalt gegen die Polizei (Hamburg, Stuttgart, Göttingen, Frankfurt, Berlin und in anderen Städten) ist zusätzlich besorgniserregend.

Eine spannende Frage: Wie wirkt sich Homeoffice in der Polizei aus (primär: operative Bereiche)?

Zu begrüßen ist die von Bundesinnenminister *Horst Seehofer* in Auftrag gegebene Polizei-Studie „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten – MEGAVO“, die an/von der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) durchgeführt wird.

Themenübergreifende Beiträge lassen sich folglich nicht einem Abschnitt zuordnen.

Ernst Hunsicker

Bad Iburg, im Januar 2021

⁶ *Hunsicker, Ernst*, Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge – Politische Dimension / Spektrum an Straftaten: Opfer und Täter, GRIN Verlag 2017, 731 Seiten, Link: <https://www.grin.com/document/317037>

⁷ *Hunsicker, Ernst*, Das Coronavirus unter besonderer Berücksichtigung polizeilicher Belange – Eine Dokumentation (Teil 1) (vgl. **Anhang** unter **Sonstiges**), Link: <https://www.grin.com/document/1169021>

Vorwort zur 4. Auflage

Innerhalb kurzer Zeit hat sich wieder einiges zu dieser Thematik getan (Neues, Ergänzungen), und zwar:

- Einführung von
 - Zukunfts-Uniformen (Blaulichtjacken bzw. LED-Jacken),
 - Spuck- und zugleich Beißschutzmasken,
- Vorbereitung auf lebensbedrohliche Einsatzlagen,
- Sonderwagen „Survivor R 4x4 – Mobilität und Schutz“,
- Entlastungsmöglichkeiten für die Polizei,
- Hohe Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst (relativiert durch Frauenanteile und Studien- sowie Ausbildungsabbrüche),
- Terrorgefahr,
- Herausforderungen für Polizei und Justiz: „No-Go-Areas“ und Kampf gegen die „Clan-Kriminalität“,
- Stand zum Muster-Polizeigesetz,
- Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen auch personell erheblich verstärkt werden (zügig durchgeführte Verfahren und Urteile – auch: Beschleunigte Verfahren),
- Digital-Fahnder: Mehr Sicherheit für Polizei und Bürger,
- Einführung eines Ehrentages für Sicherheits- und Rettungskräfte als Flop,
- Gerangel um ein Weihnachtsgeld für die Beamten/innen – und somit auch für die Vollzugspolizei – in Niedersachsen,
- Schusswaffengebrauch durch die Polizei,
- Messerangriffe und Waffenverbotszonen,
- Bewertung / Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit.

Es geht also in dieser 4. Auflage weiter mit einem Produkt aus Veröffentlichungen, Kommentaren, Anregungen/Forderungen und Statistikauszügen (Polizeiliche Kriminalstatistik / PKS).

So haben sich aus 182 Seiten (3. Auflage) 310 Seiten (aktuelle 4. Auflage) ergeben.

Ernst Hunsicker

Bad Iburg, im September 2019

Vorwort zur 3. Auflage

Es geht in dieser Veröffentlichung nicht nur darum, wie Deutschland seine Polizei vor Angriffen von Störern wirksam(er) schützen, sondern auch darum, wie Deutschlands Polizei effektiver und dadurch bedingt motivierter arbeiten kann.

Es geht auch um bundesweit einheitliche oder zumindest angegliche Gefahrenabwehrgesetze (PolG, PAG, SOG etc.); denn einheitliche Standards sorgen

- allgemein für mehr Transparenz,
- für mehr Rechtssicherheit auf Seiten der über Bundesländergrenzen hinweg eingesetzten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des Bundes und der Bundesländer, sowie in der Konsequenz
- für mehr Sicherheit (auf Seiten der Polizei) und für mehr Schutz (auf Seiten der Bevölkerung).

Das geforderte Muster-Polizeigesetz ist ein Schritt in die Richtung für – mehr – innere Sicherheit.

Der Bund und die Bundesländer stellen ihre Polizeien auf Grund der zunehmenden Anforderungen und Herausforderungen besser auf – auch, wenn es wegen der Auswahl und Ausbildung noch ein paar Jahre dauert, bis diese neu eingestellten Vollzugskräfte zum Einsatz kommen können.

Eine personelle Verstärkung der Polizei (Polizeivollzugsbeamte/innen, auch Tarifpersonal und Verwaltungsbeamte/innen) ist bundesweit dringend erforderlich, weil diese über Jahrzehnte zusammengespart wurde. Bleibt zu hoffen, dass die politisch Verantwortlichen aus den Erfahrungen lernen: also jetzt und zukünftig nicht reagieren, sondern rechtzeitig agieren. Nur so ist Deutschlands Polizei den mehr und mehr zunehmenden Anforderungen auf Dauer gewachsen.

Beschleunigte Verfahren können dazu beitragen, dass Beschuldigte, die Beamtinnen und Beamte im Polizeivollzugsdienst verbal und/oder körperlich strafrechtlich relevant angreifen, zügig abgeurteilt werden, was auch spezial- und generalpräventiv wirkt. Zudem dient es der Motivation der Beamtinnen und Beamten und dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, wenn diese zur Kenntnis nehmen, „dass die Strafe auf den Fuß folgt“.

Dieses Buch/eBook ist als **3., überarbeitete & ergänzte Auflage** ein Produkt aus Veröffentlichungen, Kommentaren, Anregungen/Forderungen.

Ernst Hunsicker

Bad Iburg, im März 2018

Vorwort zur 2. Auflage

Seit dem Erscheinen der 1. Auflage hat sich Einiges bewegt, um Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst der Schutz- und Kriminalpolizei wirksamer zu schützen. Folglich sind neue Erkenntnisse in diese Schrift eingeflossen. Das gilt insbesondere für den Einsatz von

- Body-Cams,
- interaktiven Funkstreifenwagen,
- Spuckschutz-Masken bzw. -Hauben,
- Elektroschockpistolen/Taser;

weiterhin:

- Gesetzesinitiativen zum besseren Schutz von u.a. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten,
- Entwicklung spezifischer Opferkategorien (Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte) aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS).

Ernst Hunsicker

Bad Iburg, im November 2016

Vorwort zur 1. Auflage

Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind – wie auch immer motiviert – leider nicht mehr die Ausnahme. Anders ausgedrückt: Gewalttätigkeiten gegen diese Beamtengruppe „sind an der Tagesordnung“. Das Spektrum reicht von verbalen Attacken bis hin zu Gewalttätigkeiten unter Einsatz von gefährlichen Gegenständen und Waffen verschiedenster Art.

Diese Angriffe erfolgen im täglichen Dienst (insbesondere Einsatz- und Streifendienst o.Ä.) oder bei Sondereinsätzen bzw. geschlossenen Einsätzen (z.B. gewalttätig verlaufende Demonstrationen, „Fußballterror“).⁸

Die politisch Verantwortlichen sind deshalb in der Pflicht, alle legitimen Möglichkeiten anzubieten, um „unsere Polizei“ vor Angriffen jeglicher Art so wirksam wie möglich zu schützen. An entsprechender Ausrüstung/Ausstattung und an Aus- und Fortbildung (einschließlich Präventionsangebote) darf es nicht mangeln; in Fällen von gefährlichen Angriffen mit zum Teil schwersten Verletzungen ist Nachsorge anzubieten. Dazu müssen aber in den Polizeihaushalten ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Die Personalstärken der Polizeien in den Ländern und im Bund sind zu hinterfragen. Man hört und liest immer wieder, dass die Polizei personell reduziert wird und Dienststellen auch mit der Folge geschlossen werden, dass private Sicherheitsdienste „einspringen“.⁹ Das staatliche Gewaltmonopol beginnt zu bröckeln – ausgedünnte Personaldecken in den Polizeidienststellen gehen auch zu Lasten der Eigensicherung.

⁸ **Besserer Schutz für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen** „In den vergangenen Jahren haben Respektlosigkeit und Aggressivität gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bundesweit ein Ausmaß erreicht, das Anlass zu großer Sorge bietet“, so der Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Peter Biesenbach. Egal ob bei Demonstrationen, bei Volksfesten, im Umfeld von sportlichen Großveranstaltungen oder im Alltag: „Die Spirale der Gewalt gegen unsere Ordnungshüter dreht sich ungehindert weiter. Wir haben es mit einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung zu tun, die die Politik vor besondere Herausforderungen stellt“, so der Innen- und Rechtsexperte der Fraktion. ..., URL: <http://www.cdu-nrw-fraktion.de/besserer-schutz-fuer-polizeibeamtinnen-und-polizeibeamte-nordrhein-westfalen.html> (17.08.2010 | Peter Biesenbach)

⁹ **"Die Gefahrenabwehr darf nur der Polizei obliegen"** – Hoheitliche Maßnahmen wie die Gefahrenabwehr müssen der Polizei vorbehalten bleiben und dürfen nicht in die Befugnis privater Sicherheitsdienste fallen: Mit diesen Worten kritisiert Michael Hartmann die Tendenz in manchen Bundesländern, solche Unternehmen mit Polizeiaufgaben zu betrauen. Der SPD-Obmann im Innenausschuss fordert im Interview eine "echte Zertifizierung" von Wachfirmen, um zu erreichen, dass sich deren Personal gegenüber den Bürgern legal verhält. ..., Deutscher Bundestag, URL: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/43274342_kw10_hartmann/211232 (kos/08.03.2013)

Details zu den angesprochenen Punkten ergeben sich immer wieder aus den zitierten Medienberichten.

Überblick

	Seite
Kapitel 1:	Einleitung 23
Kapitel 1.1:	Zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte 23
Kapitel 1.2:	Neue Dimension der Gewalt gegen die Polizei 37
Kapitel 1.3:	<i>Exkurs: Rechtsextremistische Tendenzen sowie latenter Rassismus (Racial Profiling) in der Polizei und dadurch Vertrauensverlust in die Polizei als Folge?</i> 78
Kapitel 1.4:	<i>Exkurs: Kundenbefragung/-zufriedenheit in Osnabrück, danach: Weiter mit: Polizisten/innen als Opfer von Gewalt</i> 103
Kapitel 2:	Thematische Befragungen o.Ä. 142
Kapitel 3:	Innere Sicherheit - Was die Parteien planen ... 166
Kapitel 4:	Führungs- und Einsatzmittel sowie Ausstattung/Ausrüstung 174
Kapitel 4.1:	Einsatzmehrzweckstock (EMS) 178
Kapitel 4.2:	Reizstoffsprühgerät (Pfefferspray) 184
Kapitel 4.3:	Elektroschockpistole/Taser 194
Kapitel 4.4:	Schutzwesten 205
Kapitel 4.5:	Kugelsichere Helme 210
Kapitel 4.6:	Body-Cams, „Strichmännchen gegen Kriminalität“ und Künstliche Intelligenz (KI) 217
Kapitel 4.7:	Spuckschutz-Masken bzw. -Hauben und Beißschutz-Masken 245
Kapitel 4.8:	Funkgeräte (Digitalfunk) 260
Kapitel 4.9:	Interaktive Funkstreifenwagen und Tablets 270
Kapitel 4.10:	Diensthunde und Dienstpferde 278
Kapitel 4.10.1:	Diensthunde 278
Kapitel 4.10.2:	Dienstpferde 287
Kapitel 4.11:	Zukunfts-Uniform (Blaulichtjacken bzw. LED-Jacken) 297
Kapitel 4.12:	Sonderwagen „Survivor R 4x4 – Mobilität und Schutz“ 302
Kapitel 4.13:	Test in Osnabrück: S-Pedelecs mit Blaulicht und Sirene sind da! 306
Kapitel 4.14:	Kohlenmonoxid-Warngeräte 310
Kapitel 4.15:	„Roboter-Hund“ bzw. „Robocop“ 311
Kapitel 4.16:	Dashcams in Polizei-Kfz 313

	Seite	
Kapitel 5:	Einsatzbelastung der Polizei (Personalmisere)	316
Kapitel 6:	Frauenförderung und Frauenanteile in der Vollzugspolizei	372
Kapitel 7:	Vorbereitung auf lebensbedrohliche Einsatzlagen	388
Kapitel 8:	Digital-Fahnder: Mehr Sicherheit für Polizei und Bürger	395
Kapitel 9:	Ehrentag für Sicherheits- und Rettungskräfte als Flop	399
Kapitel 10:	Coronavirus: eine neue Herausforderung für die deutsche Polizei	408
Kapitel 11:	Krieg in der Ukraine mit Auswirkungen auf die polizeiliche Praxis	429
Kapitel 12:	Statistische Erfassung: Polizeivollzugs- beamte/innen als Opfer	439
<i>Kapitel 13:</i>	<i>Exkurs: Schusswaffengebrauch durch die Polizei</i>	476
Kapitel 14:	Vorschläge und Forderungen	485
Kapitel 14.1:	Polizeien der Länder und des Bundes verstärken/stärken –... ..	485
<i>Kapitel 14.2:</i>	<i>Exkurs: Spezielle Belange der Kriminalpolizei</i>	487
Kapitel 14.3:	Entlastungsmöglichkeiten	517
Kapitel 15:	Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamten/ innen in Ausübung ihres Dienstes müssen konsequent und zeitnah verfolgt werden	534
Kapitel 15.1:	Aktuelle Rechtslage dazu	534
Kapitel 15.2:	Richtlinien zur Verfolgung und Bearbeitung von Straftaten gegen Polizeibeamte – 410-140/2010 – (Saarland)	547
Kapitel 15.3:	Beschleunigte Verfahren	551
Kapitel 15.4:	Muster-Polizeigesetz für (mehr) innere Sicherheit und körperliche Sicherheit der Vollzugsbeamten/innen	571

	Seite
<i>Kapitel 15.5:</i> <i>Exkurs: Abhängigkeitsfaktoren bzw. Einflussgrößen Kriminalität</i>	585
<i>Kapitel 16:</i> <i>Exkurs: Hochrisikospiele im Profifußball</i>	596
Kapitel 17: Immer wieder neue Herausforderungen und dadurch bedingte Mehrbelastungen für die Polizei – auch für die Justiz und Ordnungskräfte	624
Kapitel 17.1:	No-Go-Areas und gefährliche Orte bzw. verrufene Orte sowie Clan-Kriminalität 624
Kapitel 17.2:	Ultras 642
Kapitel 17.3:	Einsätze von Polizei und Ordnungskräften in Schneegebieten (nur drei Berichtsbeispiele) 648
Kapitel 17.4:	Klimaaktivisten und ähnliche Gruppierungen 651
Kapitel 18: Fazit über alles	659
Kapitel 19: In eigener Sache (Kolumne: Rentner ohne Ruhestand)	663
Letzte Meldungen	666
Buchvorstellungen	687
<hr style="width: 20%; margin-left: 0;"/>	
Anhang	
Autobiografien sowie Fach- und Sachbücher/Broschüren von/mit <i>Ernst Hunsicker</i>	699
Berufliche Vita des Verfassers in Kurzform	705

Kapitel 1: Einleitung

Kapitel 1.1: Zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte

Auffällig ist auch die **zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte**: der „Respekt schwindet, die Hemmschwelle sinkt“ (*Robbers* in WAZ vom 10. Febr. 2009, 1). In Berlin gibt es nach Angaben der *GdP* (WAZ aaO) „durchschnittlich neun Angriffe auf Polizisten pro Tag, bei denen drei Beamte mehr oder weniger schwer verletzt werden“. Die „Beamten würden oft nicht mehr ernst genommen“ betont *Andreas Zick* vom Bielefelder Institut für Gewaltforschung (WAZ aaO). Manche Täter würden sich sagen: „**Ich kann mir viel erlauben**, mir passiert eh nichts“. So ist auch zu erklären, daß verummte Gewalttäter mit Eisen- oder Holzstangen auf Polizeibeamte einprügeln und angreifen, um Festgenommene z.B. aus dem Zugriff der Polizei zu befreien“ (*Deutsche Polizei* 7/2009, 7). Die **Polizei selbst** beklagt die **mangelnde Solidarität** der Bevölkerung (NOZ vom 4. Sept. 2010, 5). ...

(1) *Vor diesem Hintergrund hat die IMK das KFN mit einer Untersuchung der „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamten (bezogen auf die Jahre 1985 bis 2000)“ betraut. Nach den Ergebnissen (Ohlemacher et al. Hannover 2003) finden die Angriffe „weit überwiegend bei Dunkelheit, im öffentlichen Raum und in eher bürgerlichen Vierteln statt. ... Die Beamten waren zum Angriffszeitpunkt mehrheitlich als Funkstreife eingesetzt. ... Die Täter waren zu großen Teilen alkoholisiert und fast zur Hälfte bereits polizeibekannt. ... Schutzwesten helfen entscheidend, Verletzungen zu verringern. ... Trotz des hohen Ausbildungs- und Übungsstandes haben die Beamten ein ausgeprägtes Bedürfnis nach mehr psychologischer Schulung und Nachbetreuung“ (dazu auch Rdn. 29g zu § 20). Nach der Anschlußstudie von Ellrich et al. (2012, 91)¹⁰ waren die Täter wie folgt motiviert: 37,8% wollten sich der Festnahme entziehen, 30,5% empfinden Feindschaft gegenüber der Polizei bzw. gegenüber dem Staat, bei 19,6% ging es um Befreiungsabsichten, bei 12,5% um Rache/Wut und bei 9,5% spielten politische Motive eine Rolle (...).¹¹*

Die Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im täglichen Einsatz und bei Sondereinsätzen nehmen offenbar von Jahr zu Jahr zu (vgl. **Kapitel 12: Statistische Erfassung: Polizeivollzugsbeamte/innen als Opfer**), auch wenn wegen der Verschiebung der Fallzahlen eine realistische

¹⁰ Näher dazu: Kapitel 2 – Thematische Befragungen o.Ä.

¹¹ Vgl. *Schwind, Hans-Dieter*, Kriminologie – Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, Kriminalistik, 23. Auflage 2016, § 2 Rdnrn 29a, 29 b, S. 37 f.

Erfassung der Kriminalitätslage – hier bezogen auf Straftaten zum Nachteil von Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamten – nicht mehr möglich ist.

Innere Sicherheit stärken

15.01.2020 19:21 — Niedersachsen

Es ist eine nicht wegzudiskutierende Tatsache: In den vergangenen Monaten haben die verbalen und auch körperlichen Attacken auf Polizeibeamte, Mitarbeiter von Behörden und Kommunalpolitiker eine unerträgliche Steigerung erfahren. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht wieder eine neue Tat bekannt wird.

Aufrufe zur Gewalt gegen den genannten Personenkreis oder gegen Sachwerte sind alltäglich. Die Motive sind Rachegefühle, politische Hassgefühle, Hass gegen das „Anderssein“ oder auch einfach nur der Spaß daran, andere Menschen zu verängstigen. Mit diesen Machtinstrumenten verunsichern die Täter Teile der Bevölkerung so sehr, dass so manch einer für sich keine andere Möglichkeit mehr sieht, als sich selbst zu bewaffnen.

Die nach wie vor stark steigenden Zahlen der „kleinen Waffenscheine“ sprechen da eine deutliche Sprache. Auch Politiker sind so stark verängstigt, dass sie einen Waffenschein beantragen und bei Ablehnung des Antrages eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen. In diesem Zusammenhang sind Äußerungen von Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern bis hin zur Bundeskanzlerin, insbesondere den Medien willkommen. Aussagen wie die der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer, es sei nicht der richtige Weg wenn Kommunalpolitikern sich bewaffnen, sind im Kern sicher richtig. Richtig ist dann auch die noch hinzugefügte Aussage, der Schutz von Kommunalpolitikern sei vielmehr eine staatliche Aufgabe.

Nun wäre es schön gewesen Frau Kramp-Karrenbauer hätte noch erklärt, woher denn der Mehrbedarf an Finanzmitteln für das zusätzliche Personal und die ebenfalls erforderliche Sachausstattung kommen soll. Die Polizei stößt zu Einsatzspitzenzeiten schon lange nicht nur an ihre Grenzen, sondern muss diese immer öfter überschreiten. Es ist erstaunlich, nein beschämend, wie durch die Politik immer wieder beschwichtigt wird.

Gelder für die Innere Sicherheit werden nicht erhöht, sondern auch noch zusammengestrichen. Da werden beispielsweise dringend erforderliche Neubauten nicht realisiert, Renovierungen notdürftig ausgeführt, Anschaffungen unterbleiben: Die Liste ist unendlich lang. Die Polizei wird in der Zukunft, wenn sich die derzeitige Entwicklung in bestimmten Kriminalitätsfeldern so fortsetzt, noch mehr Aufgaben mit immer größerem Personalansatz übernehmen müssen. Denn das ist ihr Auftrag.

Dazu ist aber eine deutlich bessere Finanzausstattung erforderlich. Es wird Zeit, dass die Politik dies dem Bürger einmal offen und ehrlich sagt. Es ist aus Sicht des BDK Niedersachsen unumgänglich, dass die erforderlichen Finanzmittel durch die Landesregierung unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Und wenn dazu Einschnitte in anderen Ressorts notwendig sind, dann muss das eben so sein. Viel zu lange schon wurde von den Landesregierungen die Innere Sicherheit als Selbstläufer betrachtet. Die Polizei ist ein Garant für Gesetz und Ordnung. Diesem Auftrag muss Rechnung getragen werden.

Gerade erst wurde ein unerwarteter Milliarden-Haushaltsüberschuss des Bundes gemeldet. Auch Niedersachsen hat Anspruch auf einen Anteil. Ja, auch in den Bereichen Bildung und Soziales bestehen erhebliche Defizite, und nicht nur dort. Bessere Ausstattung und mehr Stellen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, auch für Einstellung von Spezialisten in der Kriminalitätsbekämpfung, tragen definitiv dazu bei, die Innere Sicherheit in Niedersachsen zu gewährleisten.

Sicherheit muss auch innerhalb des öffentlichen Dienstes Vorrang haben! Alternativ muss die Politik dem Bürger erklären, dass eine Erhöhung der Abgaben unumgänglich ist - oder, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft nicht mehr leisten kann.

Wir sind überzeugt, dass Verständnis für diese Notwendigkeiten vorhanden ist.

Matthias Karsch
Landesvorsitzer¹²

Forderungen, die nicht neu sind und gebetsmühlenartig aus allen möglichen Richtungen erhoben werden. Lassen die politisch Verantwortlichen die nach wie vor unterbesetzte deutsche Polizei und damit in der Konsequenz auch ihre Bürgerinnen und Bürger im Stich?

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten und Präventivmaßnahmen zur Eigensicherung

Zu einem vernachlässigten Blickwinkel auf Konflikte
zwischen Polizei und Bevölkerung

Abstract

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ist ein Phänomen, das in jüngerer Zeit aufgrund der Anzahl der festzustellenden Übergriffe und ihrer sich wandelnden Qualität eine besondere Dringlichkeit erreicht hat und zwingend einer kurzfristig wirksamen und langfristig wirkenden „Gegenstrategie“

¹² URL: <https://www.bdk.de/lv/niedersachsen/innere-sicherheit-staerken>

bedarf. In der Diskussion stehen dabei u. a. strafrechtliche Erwägungen, die sich etwa mit der Ahndung von Widerstandshandlungen und Übergriffen gegen Polizeivollzugsbeamte und einer wirkungsvolleren Verfolgung derartiger Delikte beschäftigen. Der gefahrenabwehrrechtliche Blickwinkel erscheint im Kontext der Thematik demgegenüber eher vernachlässigt. Dieser Aufsatz untersucht, welchen Beitrag das präventive Polizeirecht, namentlich die Regelungen zur sog. „Eigensicherung“, zur Bewältigung der Problematik leisten kann. Dazu werden die Eigensicherung in den Kontext des Gefahrenabwehrrechts eingeordnet und das bestehende Maßnahmeninstrumentarium am Beispiel des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes untersucht; es schließen sich Überlegungen zu einer Ausweitung des präventiven „Eigensicherungsrechts“ an. ...

IV. Fazit

Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte nimmt an Quantität und Qualität zu. Das präventive Polizeirecht sieht vielfältige Instrumente zur „Eigensicherung“ vor: Da eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt, wenn Rechtsgüter von Polizeivollzugskräften bedroht oder verletzt werden, kann die Polizei auf das ihr zur Verfügung gestellte Instrumentarium zur Gefahrenabwehr zurückgreifen. Darüber hinaus sehen die Polizeigesetze spezifische Eigensicherungsbefugnisse vor. Insgesamt sind diese Möglichkeiten zur Eigensicherung derzeit (noch) als hinreichend anzusehen; eine Schaffung neuer Eigensicherungsbefugnisse oder eine Absenkung der Voraussetzungen der schon jetzt zugelassenen Maßnahmen erscheint nicht erforderlich. Die Bewältigung des Phänomens „Gewalt gegen Polizeivollzugskräfte“ kann nicht allein durch das präventive Polizeirecht erfolgen, sondern muss durch eine breite öffentliche Diskussion und die Entwicklung tragfähiger Konzepte erreicht werden.¹³

Genau!

Medienberichte:

Bund und Beamte wollen mehr Schutz für Polizisten

Köln. Angesichts zehntausender Angriffe und Respektlosigkeiten jedes Jahr pochen Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und der Chef des Beamtenbunds (dbb), Klaus Dauderstädt, auf mehr Schutz für die Beschäftigten.

¹³ Thiel, Markus, in: KriPoZ 5/2019 (Kriminalpolitische Zeitschrift), S. 301 ff., URL: <https://kripoz.de/2019/09/24/gewalt-gegen-polizistinnen-und-polizisten-und-praeventiv-massnahmen-zur-eigensicherung-zu-einem-vernachlaessigten-blickwinkel-auf-konflikte-zwischen-polizei-und-bevoelkerung/>

... Unter dem Eindruck der Solidaritätskundgebungen in Frankreich für die Terroropfer forderte de Maizière die Bürger zu mehr Anerkennung für die Polizisten auch hierzulande auf. «Das täte unseren Polizistinnen und Polizisten auch nicht schlecht, wenn man (...) sich einfach Mal bedankt», sagte er. «Allein im Jahr 2013 sind 60 000 Vollzugsbeamte Opfer von Straftaten geworden», sagte de Maizière. «Diese Zahl ist viel zu hoch.» Gewalt und mangelnder Respekt zeige sich auch gegen Rettungskräfte sowie Mitarbeiter in Hartz-IV- und Ausländerbehörden, Kfz-Zulassungsstellen und Finanzämtern. «Ein Grundmaß von Respekt, Höflichkeit und ganz normales Verhalten auch bei negativen Entscheiden – das kann man schon erwarten.»

Dauderstädt zeigte sich alarmiert. Die Bedrohung Beschäftigter sei präsent und virulent. Es gebe bei weitem nicht nur tödliche Angriffe wie jüngst im Dezember auf einen Jobcenter-Gutachter in Rothenburg ob der Tauber. Feuerwehren würden an ihrer Arbeit gehindert. An den Türen von Gerichtsgebäuden würden hunderte Messer und andere Waffen gesichert. Schüler brächten Messer in den Unterricht mit. Der dbb-Chef forderte Kontrollgeräte, Alarmschaltungen, Deeskalationsschulungen sowie Begleitschutz für Beamte.

De Maizière teilte die Sorgen wegen wachsenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst – zumal dort künftig immer mehr Ingenieure, IT-Experten oder auch Soziologen gebraucht würden, «nicht nur Juristen und Verwaltungsfachangestellte». Um in drei, vier Jahren absehbare Lücken schließen zu können, müssten jetzt befristete Stellen für Fachkräfte geschaffen werden, die dann aber weiterbeschäftigt werden sollten. Unterbezahlt aber sei der öffentliche Dienst keineswegs.

Vehement forderte Dauderstädt eine bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei Beamten analog der Mütterrente. Breiten Raum nahm seine strikte Ablehnung des geplanten Gesetzes zur Tarifeinheit ein. Mit ihm will die Koalition die Macht kleiner Gewerkschaften wie der zum dbb gehörenden Lokführer-Organisation GDL einschränken. De Maizière zeigte sich an beiden Punkten kompromisslos. Dauderstädt forderte, das Berufsbeamten-tum in Abgrenzung zu anderen Erwerbstätigen zu schützen.

Die rund 750 Delegierten hatten den zweitägigen Kongress mit einer Schweigeminute für Opfer von Gewalt begonnen.¹⁴

Die politisch Verantwortlichen sind gefordert. Verbale Bekundungen allein reichen nicht aus. Wirksamer Schutz kostet Geld. Die Polizei muss auch

¹⁴ Neue Osnabrücker Zeitung vom 12.01.2015, URL: <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/537057/bund-und-beamte-wollen-mehr-schutz-fur-polizisten> (Ein Artikel von dpa)

personell verstärkt werden, um die zunehmend neuen Aufgaben bewältigen zu können¹⁵ – auch, um sich selbst besser zu schützen (Eigensicherung).

Dazu Konkretes aus Rheinland-Pfalz:

Das Land Rheinland-Pfalz investiert im laufenden Haushaltsjahr eine Sonderzahlung von weiteren knapp 2 Mio. Euro in die Schutzausrüstung für die Polizei.

22.06.2023 | Polizei

Ebling: Wir verbessern den Schutz für die, die uns schützen

Das Land Rheinland-Pfalz investiert im laufenden Haushaltsjahr eine Sonderzahlung von weiteren knapp 2 Mio. Euro in Schutzausrüstung für die Polizei. Das teilte Innenminister Michael Ebling mit. Mit den Mitteln werden zwölf verschiedene Maßnahmen finanziert, die vor allem der Eigensicherung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten dienen, darunter Bekleidung, persönliche Schutzausrüstung, Bodycams und Taser.

„Unsere Polizistinnen und Polizisten begeben sich zur Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben für unsere Gesellschaft oft in Situationen, in denen sie physischer Gewalt ausgesetzt sind. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Wertschätzung. Wir tragen jedoch auch eine Verantwortung dafür, ihr Verletzungsrisiko in Ausübung des Dienstes zu verringern. Daher verbessern wir nochmals den Schutz für die, die uns alle schützen. Mit unserer Investition in hochwertige Ausrüstung vermitteln wir unseren Einsatzkräften, dass wir ihre Sicherheit sehr ernst nehmen und ihnen bestmögliche Unterstützung bieten“, sagte Innenminister Michael Ebling.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

Das Innenministerium beschafft für 400.000 Euro neue Polizeieinsatzhelme für die Beamtinnen und Beamten des Streifendienstes bei den 14 Polizeidirektionen. Diese können für Einsatzeinsätze verwendet werden, bei denen gewalttätige Übergriffe erwartet sind, wie etwa Fußballereinsätze. Für eben solche Einsatzeinsätze erhalten zusätzlich die sogenannten Mobilien Eingreifkräfte der Polizeidirektionen eine modernisierte und vor allem leichtere Körperschutzausstattung. Dafür gibt das Land 150.000 Euro aus. Für 40.000

¹⁵ *Hunsicker, Ernst*, Defizite im Polizeivollzug – Mangel an Personal und/oder Material in der Verbrechensbekämpfung nicht akzeptabel, in: „der kriminalist“ 6/2014, S. 23 ff.

und

Hunsicker, Ernst, Verschleierungspolitik – Unseriöse Zahlenspielerien im Bereich der Polizei, in: *Kriminalistik* 7/2014, S. 448 ff.

Euro werden spezielle Handschuhe beschafft, welche für Operativkräfte der Kriminalpolizei vorgesehen sind, zum Beispiel bei Durchsuchungen.

Rund 50.000 Euro fließen in zusätzliche Bodycams, welche sich durch ihre deeskalierende Wirkung als Einsatzmittel bewährt haben. Gleiches gilt für das sogenannte Distanzelektroimpulsgerät (DEIG), umgangssprachlich Taser genannt. Für ein Pilotprojekt mit einer neuen Generation der Elektroimpuls-Waffe stellt das Innenministerium 80.000 Euro zur Verfügung. Neue taktische Einsatzcoats für die Kriminalpolizei lässt sich das Land 330.000 Euro kosten, neue Schutzwesten für die Schutzpolizei 220.000 Euro.

Bei Fußballspielen oder Demonstrationen ist ein aktiver Gehörschutz für die Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei essentiell, da die Polizeikräfte durch Knallkörper, Megaphone oder Trillerpfeifen häufig einer extrem lauten Umgebung ausgesetzt sind. Daher investiert das Land hier 260.000 Euro. Zur Optimierung der professionellen Kommunikation in Einsatzlagen finanziert das Land den Beamtinnen und Beamten der Schutzpolizei sogenannte Hör-Sprech-Garnituren im Wert von 140.000 Euro.

Bei der Kriminalpolizei erhalten Brandermittlerinnen und -ermittler Brandschutz-/Gebläsehelme für rund 60.000 Euro. Diese sind notwendig, damit sich diese nach Bränden ungefährdet in kontaminierten Bereichen am Schadensort bewegen und zeitnah ermitteln können, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen.

An der Hochschule der Polizei soll Ausrüstung für praktische Trainingsmaßnahmen im Wert von 100.000 Euro dazu beitragen, die Studierenden bestmöglich auf unterschiedliche Einsatzsituationen und den richtigen Einsatz der vielfältigen Ausrüstung vorzubereiten.¹⁶

Zahl der Gewalttaten gegen Polizisten steigt deutlich an

Polizisten werden bei Einsätzen immer öfter beleidigt und angegriffen. Dabei spielen Alkohol und Respektlosigkeit bei den Tätern eine große Rolle. Bei den Beamten stiegen die psychischen Erkrankungen an.

Hannover. Die Aggressionen gegen Polizisten nehmen zu. Immer mehr Beamte werden Opfer von Gewalt. Beleidigungen und Angriffe gehören bereits zum Alltag. Fast 70 Prozent der Tatverdächtigen bei diesen Straftaten haben Alkohol getrunken, sagte Svenja Böhrk, Sprecherin im Niedersächsischen Innenministerium. Dabei seien 86,9 Prozent der ermittelten Angreifer

¹⁶ Rheinland-Pfalz – Ministerium des Innern und für Sport, URL: <https://mdi.rlp.de/service/pressemitteilungen/detail/ebling-wir-verbessern-den-schutz-fuer-die-die-uns-schuetzen>

Männer. Vor allem die Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung sind in Niedersachsen gestiegen.

Erst seit 2011 werden Polizeibeamte als Opfer von Straftaten differenziert erfasst, ein langfristiger Vergleich ist nur eingeschränkt möglich. Bundesweit wurden 2012 knapp 60 300 Polizisten als Opfer erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Anzahl der Fälle um 5,4 Prozent, die der Opfer um 9,9 Prozent.

Die Gründe für die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte sind vielschichtig. Laut Erhebungen und Befragungen ist das Ansehen der Polizei¹⁷ konstant hoch, sagte Böhrk. Allerdings sei die Hemmschwelle, Polizisten anzugreifen, bei betrunkenen Menschen – vornehmlich sind dies junge Männer – besonders niedrig.

"Alkohol und Respektlosigkeit sind die Hauptgründe für die Zunahme der Gewalt gegen Polizisten", sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Dietmar Schilff. Eine normale Ansprache der Beamten werde häufig nicht akzeptiert, vor allem von betrunkenen Jugendlichen oder Feiernden. Es gebe eine erhebliche Aggressivität gegen Polizisten. "Bei einem Einsatz in Hannover wurde sogar ein Feuerlöscher aus einem Hochhaus gezielt auf ein Polizeifahrzeug geworfen, zum Glück wurde niemand verletzt", berichtete Schilff.

Auch hinterhältige Angriffe bei der alltäglichen Arbeit auf der Straße würden stetig zunehmen. Das sei für die Kollegen eine sehr große psychische Belastung. Bedingt dadurch seien auch psychische Erkrankungen gestiegen. Oft richteten sich die Angriffe gegen den Staat – die Polizei verkörpere die Staatsmacht. "Wir gehen in Schulen und sprechen mit den Schülern, erklären unsere Arbeit und zeigen die Polizisten als Menschen", betonte Schilff. Wichtig sei, die Distanz zur Polizei durch präventive Arbeit zu verringern. Zugleich müsse die Strafe bei Übergriffen schneller erfolgen. Wenn der Angreifer erst ein oder zwei Jahre später zur Verantwortung gezogen werde, mache das wenig Sinn. ...¹⁸

Meldung Sicherheit Datum: 13.10.2022

Knapp 40.000 Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten

Mit fast 700 Fällen mehr als im Vorjahr erreicht die Zahl der Gewalttaten einen neuen Höchstwert. Auch bei Feuerwehr und Rettungsdiensten gab es mehr Gewalttaten und Opfer.

¹⁷ *Schwind, Jan-Volker*, Zum Ansehen der Polizei im Fokus der öffentlichen Meinung: neue Resultate aus Nordrhein-Westfalen, in: Die Kriminalpolizei, Ausgabe Juni 2019

¹⁸ Hamburger Abendblatt, URL: <http://www.abendblatt.de/region/niedersachsen/article131072369/Zahl-der-Gewalttaten-gegen-Polizisten-steigt-deutlich-an.html> (von Martina Steffen, 10.08.14 Statistik)

Die registrierten Gewalttaten gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sind im Jahr 2021 um 689 Fälle auf 39.649 gestiegen, das sind 1,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Das geht aus einem heute veröffentlichten Bundeslagebild "Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte 2021" des Bundeskriminalamtes hervor.

Neuer Höchstwert bei Fall- und Opferzahlen

Etwas deutlicher stieg laut dem Bericht die Anzahl der dabei als Opfer registrierten Polizistinnen und Polizisten. Hier gab es einen Anstieg um 3.795 auf 88.626 Opfer (plus 4,5 Prozent).

Damit erreichen Fall- und Opferzahlen neue Höchstwerte. Seit 2012 stieg die Anzahl der Gewalttaten gegen Polizistinnen und Polizisten um insgesamt 22,5 Prozent, die Anzahl der als Opfer registrierten Polizeibeamtinnen und -beamte noch deutlicher um 48,4 Prozent.

Auch Feuerwehr und Rettungskräfte betroffen

Das Lagebild enthält auch Daten zu Opfern bei Feuerwehr oder Rettungsdiensten, die im Einsatz mit gegen sie gerichtete Gewalt konfrontiert waren. In 2.160 Fällen war mindestens ein Angehöriger der beiden Berufsgruppen betroffen, die Statistik zählt 3.083 Opfer. Auch diese Werte liegen jeweils über dem Niveau des Jahres 2020.¹⁹

Gewalt gegen Einsatzkräfte erneut gestiegen

Die Zahl der erfassten Fälle, bei denen Polizeibeamtinnen und -beamte im Dienst Opfer einer Straftat geworden sind, ist im Vergleich zum Vorjahr um 17,89 Prozent gestiegen und liegt nunmehr bei 4.277 Taten. Zuwächse sind insbesondere bei Widerstandsdelikten, tätlichen Angriffen und bei Bedrohungen zu verzeichnen. In diesem Kontext nimmt auch die Zahl der Opfer um 18,86 Prozent auf 9.767 zu. 82,30 Prozent der Opfer blieben bei den Angriffen unverletzt. 1.560 Polizeibeamtinnen und -beamte wurden leicht verletzt. Die Zahl der Schwerverletzten hat sich von sieben auf 13 erhöht und liegt somit wieder auf dem Niveau von 2019. Rund drei Viertel aller Tatverdächtigen in diesem Kriminalitätsbereich sind in den vergangenen Jahren Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Auch die Gewalt gegen Rettungs- und Feuerwehrkräfte nimmt in einem ähnlichen Ausmaß um 17,43 Prozent zu. Viele Fälle der Gewalt gegen Rettungs- und Feuerwehrkräfte sind Widerstandsdelikte und tätliche Angriffe. Die Zahl der Opfer in diesem Bereich ist im Vergleich zum Vorjahr sogar um 19,89 Prozent angestiegen, was einen neuen Höchststand zur Folge hat.

¹⁹ Bundesministerium des Innern und für Heimat, URL: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2022/10/bka-bundeslagebild-gewalt-gegen-polizei.html>

Auch bei den verletzten Opfern ist eine Zunahme von 91 auf 109 festzustellen. 2022 wurde glücklicherweise kein Opfer in den Organisationen von Feuerwehr und Rettungsdiensten schwer verletzt.

Ministerin Behrens: „Die Übergriffe auf Einsatzkräfte der Rettungsdienste, der Feuerwehr und der Polizei sind nicht nur – wie zuletzt – an Silvester festzustellen. Wir beobachten diese das gesamte Jahr über und die Zahl steigt seit Jahren stetig an. Diese Übergriffe sind nicht tolerierbar. Sie zeugen von einem Mangel an Respekt gegenüber denjenigen, die uns tagtäglich schützen – das ist für mich völlig inakzeptabel! Bereits im Februar habe ich mich mit Vertreterinnen und Vertretern der Polizei, der Feuerwehr, der Rettungs- und Hilfsdienste, der kommunalen Spitzenverbände sowie verschiedener Gewerkschaften und Verbände getroffen und erste Maßnahmen auf den Weg gebracht. Diesen Dialog werde ich auch in Zukunft fortsetzen. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, dass wir den Mangel an Respekt und die Ablehnung staatlicher Strukturen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und als ernste Herausforderung für unsere Demokratie begreifen. Deshalb werde ich das Thema auch bei der kommenden Innenministerkonferenz mit meinen Kolleginnen und Kollegen diskutieren und mögliche gemeinsame Aktivitäten abstimmen.“²⁰

Kriminalität in Niedersachsen

Die Polizei muss dringend besser ausgestattet werden

Meinung – Lars Laue | 20.03.2023, 16:51 Uhr

Nach dem Ende der Corona-Maßnahmen ist die Zahl der Straftaten in Niedersachsen 2022 erstmals seit Jahren wieder gestiegen. Das Land muss gegensteuern.

Das ist nun wirklich skurril: Während Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens in Hannover vor der Presse die Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2022 vorstellt, macht die Polizei im Landkreis Oldenburg Jagd auf mutmaßliche Geldautomaten-Sprenger. Mal wieder.

Niedersachsen eines der beliebtesten Ziele von „Panzerknackern“

²⁰ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Polizeiliche Kriminalstatistik 2022: Straftaten steigen nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen erstmals wieder an, *Behrens*: „Niedersachsen zählt trotz eines erwartbaren Anstiegs bei der Gesamtzahl der Straftaten nach Ende der Corona-Maßnahmen weiterhin zu den sichersten Bundesländern.“, URL: <https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/polizeiliche-kriminalstatistik-2022-straftaten-steigen-nach-dem-ende-der-pandemie-bedingten-einschraenkungen-erstmals-wieder-an-220719.html> (erstellt am: 20.03.2023)

Allein im vergangenen Jahr wurden in Niedersachsen knapp 70 Geldautomaten in die Luft gesprengt. Ein Wunder, dass dabei keine Passanten und Anwohner verletzt wurden, und dass bei den halsbrecherischen Fluchten mit hochmotorisierten Fahrzeugen noch keiner ums Leben gekommen ist. Niedersachsen ist übrigens eines der beliebtesten Ziele der „Panzerknacker“. Mehr Geldautomaten als bei uns wurden im vergangenen Jahr nur in Nordrhein-Westfalen gesprengt.

Dass die Ministerin wie ihr Vorgänger, der jetzige Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, auf die Banken zeigt, die ihr Geld und ihre Automaten besser schützen müssten, reicht schlicht nicht. Die Polizei muss mit aller Härte und Konsequenz gegen diese Form der Kriminalität vorgehen und darf sich von den professionellen Banden nicht länger vorführen lassen. Nun macht es keinen Sinn, die Polizeiautos durch Rennwagen zu ersetzen, um die Täter zu verfolgen. Warum aber die Ministerin der Forderung der Polizeigewerkschaft nicht nachkommt, jeden Streifenwagen mit Nagelbrettern auszurüsten, ist unverständlich. Es scheint momentan das einzig wirksame Mittel zu sein, um die PS-starken Fluchtfahrzeuge zu stoppen.

Sicherheitsministerin steht vor Mammutaufgabe

Überhaupt hat die Sicherheitsministerin eine Mammutaufgabe vor sich: Die Zahl der Straftaten schnell nach Ende der Corona-Beschränkungen insgesamt wieder in die Höhe. Mehr Körperverletzungen und Bedrohungen, ein extremer Anstieg bei der Verbreitung von Kinderpornos und nicht zuletzt sehen sich Polizei und Rettungskräfte immer häufiger selbst Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass sogenannte Enkeltricks immer schlimmere und perfidere Ausmaße annehmen.

Die Menschen in Niedersachsen leben trotz allem nach wie vor vergleichsweise sicher. Damit das so bleibt, sind aber dringend Investitionen in die Polizei nötig: Das Personal muss aufgestockt und gleichzeitig intensiv um Nachwuchs geworben werden.²¹

²¹ Neue Osnabrücker Zeitung, URL: <https://www.noz.de/deutschland-welt/meinung/artikel/die-polizei-muss-dringend-besser-ausgestattet-werden-44373109>

Es ist richtig, dass in die Polizei mehr investiert werden muss. Falsch, dass sich die Innenministerin Daniela Behrens dagegen wehrt, alle Einsatzfahrzeuge der Polizei mit Nagelsperren („Stop Sticks“²²) auszustatten, um Automaten Sprenger während ihrer Flucht zu stellen. Nagelsperren können auch eingesetzt werden, wenn sich Zielpersonen aus anderem Anlass dem polizeilichen Zugriff durch Flucht entziehen wollen. Selbstverständlich ist dabei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten.

Auch müssen die Sparkassen und Banken ggf. per Gesetz in die Pflicht genommen werden, durch geeignete Maßnahmen Automaten Sprengungen weitgehend zu verhindern.

Gewalt gegen Einsatzkräfte

80.000 Polizisten, Feuerwehrleute und Helfer angegriffen

Eine RND-Umfrage in allen 16 Bundesländern hat eine hohe Zahl an Betroffenen von Übergriffen während eines Polizei- oder Rettungseinsatzes ergeben. Eine Expertin der Kriminologischen Zentralstelle geht zudem von einer hohen Dunkelziffer aus. So sieht der Bundesvergleich aus.

Julia Hahn-Klose

16.09.2023, 08:15 Uhr

Die Zahl der im Dienst angegriffenen Rettungskräfte ist weiter angestiegen. Wie eine Umfrage des Redaktions-Netzwerks Deutschland (RND) in allen 16 Bundesländern ergab, sind im Jahr 2022 bundesweit rund 80.000 Einsatzkräfte Opfer von Gewalt im Einsatz geworden. Darunter waren etwa 76.000 Polizeibeamtinnen und -beamte, 1000 Feuerwehrleute und 2100 andere Rettungskräfte. Die Dunkelziffer dürfte Expertinnen und Experten zufolge noch deutlich höher liegen.

Spitzenreiter im Ländervergleich ist den Zahlen nach das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen. Dort ist bei 20.163 Straftaten eine Polizistin oder ein Polizist als Opfer registriert. Allerdings waren 12.152 Fälle davon Widerstandshandlungen, also 60 Prozent der Fälle. Sie ziehen keine Verletzung von Polizisten nach sich, sondern behindern die Ausübung

²² Neuere Nagelsperren, sogenannte **Stop Sticks** (Schreibweise auch Stop-Sticks), sind einen Meter lange dreiseitige Plastikstäbe. Im Inneren ragen 36 angespitzte Röhrchen in alle drei Richtungen. Werden die Stop Sticks auf die Straße geworfen, zeigt immer eine Nagelreihe nach oben. Mit drei verbundenen Stäben können drei Meter einer Straße abgesperrt werden. Ab einem Gewicht von 400 Kilogramm wird der dreieckige Plastikstab zusammengedrückt und die darin enthaltene Nagelsperre mit hohlen Röhrchen kann in den Reifen eindringen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Nagelketten entweicht die Luft sehr langsam, so dass die Unfallgefahr verringert wird. Ein flüchtender Autofahrer kann nach dem Überfahren von Stop Sticks unter Umständen noch mehrere Kilometer weit fahren. (vgl. WIKIPEDIA - Stop Sticks)

der Tätigkeit der Beamten, weshalb sie in die Statistik eingehen. Schwere oder gefährliche Körperverletzungen erlitten in NRW 795 Polizistinnen und Polizisten, 31 Feuerwehrleute und 64 sonstige Rettungskräfte.

In Bayern waren 4532 Polizistinnen und Polizisten Geschädigte von Widerstand, 5364 von Beleidigungen – einer weiteren häufigen Straftat gegen Einsatzkräfte, die als Form des verbalen Übergriffs erfasst wird –, sowie 6502 eines tätlichen Angriffs. Insgesamt gab es in Bayern 19.057 Fälle. Die Quote betroffener Einsatzkräfte ist in Bayern besonders hoch: 2022 gab es im Freistaat 34.204 Polizeivollzugsbeamte, sodass rechnerisch deutlich mehr als die Hälfte im Dienst angegriffen wurde.

Ein anderes Bild ergibt sich für die Rettungskräfte: Bei drei Millionen Rettungsdiensteinsätzen wurden in Bayern 285 Straftaten zum Nachteil von Einsatzkräften erfasst und 76 Straftaten zum Nachteil von Feuerwehrleuten bei 260.000 Einsätzen im Jahr 2022. Gemessen an der Einwohnerzahl werden die Einsatzkräfte in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland am häufigsten Opfer von Angriffen im Dienst.

Fredericke Leuschner, Expertin der Kriminologischen Zentralstelle, einer Forschungseinrichtung des Bundes und der Länder, hält gezielte Angriffe trotz allem für die Ausnahme. „Je schwerer das Delikt, umso stärker die Folgen und umso eher wird Anzeige erstattet“, sagte Leuschner dem RND. Dennoch gebe es diese Extreme – wie etwa zu Silvester in Berlin, als Feuerwehrkräfte in Hinterhalte gelockt und mit Pyrotechnik beschossen wurden.

In Berlin leben Rettungskräfte am gefährlichsten

Opfer von Gewalt gegen Einsatzkräfte je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, 2022 ...

Daher wird immer wieder mehr Schutz für Einsatzkräfte gefordert: „Härtere Strafen sind nicht sinnvoll, weil ihre abschreckende Wirkung fraglich ist“, sagte Leuschner über mögliche Gegenmaßnahmen. „Diese Täter stehen ganz häufig unter dem Einfluss von Alkohol und Drogen oder haben psychische Erkrankungen.“

Auch die erhöhte Aufmerksamkeit der Politik trage zu den steigenden Fallzahlen bei. Sachsen etwa meldete 2018 noch 1677 Übergriffe auf Einsatzkräfte, 2022 dann 2342, also 12 Prozent mehr. Rheinland-Pfalz meldete einen Anstieg der Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte im Vergleich zum Vorjahr 2021 um 15 Prozent von 1553 auf 1788, einen Anstieg der Delikte gegen die Feuerwehr um 225 Prozent von vier auf 13 an und gegen Rettungsdienste um 27 Prozent von 114 auf 156.

„Ich bin nicht überzeugt, dass der Anstieg in den offiziellen Daten ein tatsächlicher ist, sondern ich glaube, da spielt eine Änderung im Anzeigeverhalten der Betroffenen rein“, sagte Leuschner. „Das erklärt die Zahlen nicht komplett, aber es relativiert sie.“

Ob sich der Aufwärtstrend 2023 fortsetzt, ist noch offen. Ausschließlich Rheinland-Pfalz lieferte eine Auswertung des ersten Halbjahres 2023. Sie zeigte vorerst keinen weiteren Anstieg, sondern belief sich in etwa auf die Hälfte der Zahlen von 2022.

Einige Bundesländer unterscheiden in ihrer Erhebungsmethodik Opfer- und Deliktzahlen. Die Datenlage zu Gewalt gegen Einsatzkräfte variiert daher stark. Eine Auswertung der Fallzahlen erfolgt über das Merkmal der Berufe der Opfer. Ein Fall kann daher mehrere Opfer beinhalten. Die insgesamt 9033 Einsatzkräfte, die zum Beispiel in Berlin Opfer von Gewalt wurden, korrespondieren mit 4371 Fällen.

Doch es dürfte noch deutlich mehr Betroffene geben. „In unseren Studien sagt die Hälfte der Einsatzkräfte, dass sie nach einem Fall von Gewalt gegen sie keine Anzeige erstattet haben“, berichtet Leuschner. Das könnte daran liegen, dass die Einsatzkräfte keine Aussicht auf Ermittlungserfolge sehen. „Wenn ich als Bürgerin auf der Straße beleidigt werde und Anzeige stelle, wird das Verfahren in den meisten Fällen – wie bei Einsatzkräften auch – eingestellt. Einsatzkräfte fragen sich, ob sie dafür den Strafverfolgungsapparat beschäftigen müssen.“

Die meisten Zahlen zu Gewalt gegen Einsatzkräfte kommen von der Polizei. „Sie sind am längeren Hebel“, erklärt die Expertin. „Sie haben das staatlich übertragene Gewaltmonopol und können Angreifer direkt festsetzen, ihre Personalien aufnehmen, anzeigen und eine Strafanzeige stellen.“

Daher geht Leuschner davon aus, dass die Dunkelziffer bei Feuerwehr und Rettungsdiensten höher ist als bei der Polizei. Das erkläre auch, wieso die meisten Bundesländer eine Aufklärungsquote von 98 Prozent der Fälle von Gewalt gegen Einsatzkräfte vorweisen.

Rettungskräfte nicht für bedrohliche Lage geschult

Sie führte auch Befragungen unter Tätern durch, bei denen herauskam: „Das Verhalten von Einsatzkräften kann auch eine Auswirkung auf Angriffe haben.“ Verständnis für die emotional aufgeladene und überfordernde Lage der Täter könne den Moment deeskalieren, so Leuschner. „Polizisten sind dafür geschult, im Rettungsdienst müssen sie aus eigener Erfahrung schöpfen.“

Da es keine feststehende Definition von Übergriffen gibt, wird ein Begriffsverständnis zugrunde gelegt, das sich zum einen an den Delikten orientiert, die vom BKA im Bundeslagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten“ festgelegt wurden, zum anderen aber auch den Tatbestand der Beleidigung als Form des verbalen Übergriffs berücksichtigt.²³

²³ rND (RedaktionsNetzwerk Deutschland), URL: <https://www.rnd.de/politik/gewalt-gegen-einsatzkraefte-80-000-polizisten-feuerwehroleute-und-helfer-angegriffen-MVYH7QB7CFC6DKAMHDSF7YKJRI.html>

Kapitel 1.2: Neue Dimension der Gewalt gegen die Polizei

Hamburg

Nach G20-Krawallen in Hamburg: Noch Tausende Strafverfahren

Hamburg (dpa/lno) - Zweieinhalb Jahren nach den schweren Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg laufen noch immer mehrere Tausend Strafverfahren. Die Hamburger Polizei ermittelte zum Stichtag 13. Dezember in 3580 Fällen, die Staatsanwaltschaft führte 2604 Verfahren, wie der Senat auf eine Kleine Anfrage der Linken-Bürgerschaftsabgeordneten Christiane Schneider mitteilte. Ein halbes Jahr zuvor hatte die Polizei die Zahl ihrer Verfahren mit 3560 angegeben, die Staatsanwaltschaft mit rund 2500. Wie aus der Senatsantwort weiter hervorgeht, wurde nach 413 Beschuldigten öffentlich gefahndet. 135 von ihnen wurden über diesen Weg identifiziert. In 90 Verfahren gegen die Identifizierten erhob die Staatsanwaltschaft bislang Anklagen, in sechs Fällen beantragte die Behörde Strafbefehle, über die Freiheitsstrafen auf Bewährung oder Geldstrafen verhängt wurden. Neun Verfahren wurden eingestellt. Der Senat schloss eine weitere Öffentlichkeitsfahndung nicht aus.

Das Gipfeltreffen der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt vom 6. bis 8. Juli 2017 war von massiven Ausschreitungen überschattet gewesen. Randalierer hatten zahlreiche Autos angezündet, Streifenwagen angegriffen und im Hamburger Schanzenviertel gewütet. Nach Angaben von Polizei und Feuerwehr wurden 797 Polizeibeamte im Einsatz verletzt. Vor einem Sonderausschuss der Bürgerschaft hatte die Innenbehörde die Schäden an privatem und öffentlichem Eigentum auf mehr als zwölf Millionen Euro beziffert.²⁴

Stuttgart

Stuttgart unter Schock: "Nie dagewesene Dimension von Gewalt"

Randale, Plünderungen, Angriffe auf Polizisten: Nach einer Krawallnacht in Stuttgart zeigen sich Polizei und Politiker entsetzt. Auslöser für den Gewaltausbruch war eine Drogenkontrolle, bis zu 500 Leute aus der Partyszene beteiligten sich.

Eine noch "nie dagewesene Dimension von offener Gewalt gegen Polizeibeamte und massive Sachbeschädigung bis hin zu Plünderungen": So fasste der

²⁴ SZ.de (Süddeutsche Zeitung), URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/g20-hamburg-nach-g20-krawallen-in-hamburg-noch-tausende-strafverfahren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200103-99-331243> (03.01.2020, Direkt aus dem dpa-Newskanal)

Stuttgarter Polizeipräsident Franz Lutz zusammen, was sich in der Nacht in der Innenstadt abgespielt hat.

Randale nach Drogenkontrolle

Zur Eskalation kam es gegen 23.30 Uhr: Beamte hatten einen 17-jährigen Deutschen im Schlossgarten wegen eines mutmaßlichen Drogendelikts kontrolliert, wie Polizeivizepräsident Thomas Berger berichtete. Daraufhin hätten sich 200 bis 300 Personen mit dem Jugendlichen solidarisiert und die Polizisten mit Steinen und Flaschen angegriffen.

Auf dem Schlossplatz hätten sich noch mehr beteiligt, die Gruppe sei auf 400 bis 500 Personen gewachsen. 19 Beamte seien verletzt worden, einer davon sei dienstunfähig. Bislang seien 24 Menschen vorläufig festgenommen worden.

Neun Geschäfte geplündert

Auf Twitter-Videos war zu sehen, wie Menschen mit Gegenständen Scheiben von Polizeiwagen einschlugen und gegen die Einsatzfahrzeuge traten. Dabei wurden sie von Umstehenden angefeuert. Weitere Aufnahmen zeigten stark zerstörte Innenräume von Geschäften sowie Ware, die vor den Läden zerstreut auf dem Bürgersteig lag. "Die Situation ist völlig außer Kontrolle", kommentierte ein Polizeisprecher am frühen Sonntag die Ereignisse.

Insgesamt wurden nach Polizeiangaben zwölf Einsatzwagen beschädigt, bis hin zum Totalschaden. Bei 40 Ladengeschäften wurden Schaufenster beschädigt oder zerstört. Neun Geschäfte wurden geplündert. Erst nach Stunden habe sich die Lage beruhigt. Insgesamt waren rund 280 Polizisten im Einsatz.

» "Es sind unglaubliche Geschehnisse, die mich fassungslos gemacht haben und die ich in den 46 Jahren Polizeidienst, die ich bislang hinter mir habe, noch nicht erlebt habe." Franz Lutz, Stuttgarter Polizeipräsident
Randalierer aus Partyszene - Rätselraten um Motiv

Eine politische Motivation für die Krawalle schließt die Polizei aus. Die Randalierer kämen aus einer "Party- und Eventszene", die sich am Wochenende in der Innenstadt treffe, sich betrinke und in den sozialen Medien inszeniere. Auch Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) nannte neben Alkohol auch das Geltungsbewusstsein in sozialen Medien als Grund. "Ein Grund wird Alkohol sein, ein anderer die Sucht, in sozialen Medien mit Filmchen zu kommen." Kuhn zeigte sich "schockiert von dem Ausbruch an Gewalt, von den Angriffen auf die Polizei und den Zerstörungen in unserer Stadt". Es dürfe "keine rechtsfreien Räume" in Stuttgart geben.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wertete die Vorfälle inzwischen als "kriminelle Akte, die konsequent verfolgt und verurteilt gehören". Es müsse "mit Hochdruck" geklärt werden, wer hinter den Gewalttaten stecke. "Unsere Gedanken sind bei den Verletzten

Polizeibeamten und den durch die Plünderungen Geschädigten", erklärte Kretschmann weiter.

Verstärkung für Stuttgarter Polizei

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) kündigte an, man werde gegen die Randalierer mit der vollen Härte des Rechtsstaats vorgehen. Plünderungen, Randalen, marodierende Gewalttäter würden nicht geduldet, so der CDU-Politiker. Am Polizeipräsidium Stuttgart sei eine 40-köpfige Ermittlungsgruppe eingerichtet worden.

Inzwischen wurden mehr als 200 Einsatzkräfte aus dem Stuttgarter Umland vorübergehend in die baden-württembergische Landeshauptstadt beordert, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen.

Bayerns Innenminister fordert Aufklärung

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) fordert als Konsequenz der Randalen von Stuttgart auch an Wochenenden rund um die Uhr eine ausreichende Polizeipräsenz, damit solche Vorfälle nicht passieren. Im Interview mit dem BR sagte der Minister, die Ausschreitungen der vergangenen Nacht in Stuttgart seien ihm unbegreiflich. Herrmann forderte eine sorgfältige Aufarbeitung der Vorfälle. Insgesamt gehe die Gewalt von Jugendlichen zwar zurück, es sei aber wahrzunehmen, dass brutale Gewalt gegen die Polizei insgesamt zugenommen habe.

Herrmann kritisiert Eskens Polizei-Äußerungen scharf

Zudem kritisierte Herrmann die Aussagen der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken scharf. Es sei völlig fehl am Platz, die Polizei pauschal des Rassismus zu verdächtigen, sagte der CSU-Politiker dem "Münchner Merkur" (Montag). SPD-Chefin Esken hatte vor kurzem in einem Interview gesagt: "Auch in Deutschland gibt es latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte, die durch Maßnahmen der Inneren Führung erkannt und bekämpft werden müssen." Nach massiver Kritik relativierte Esken dies wieder.

"Die breite Mehrheit der Bevölkerung will eine starke Polizei", sagte Herrmann, "weil sie für Recht und Ordnung sorgt und unseren freiheitlichen Rechtsstaat verteidigt." Nun angesichts der Polizeigewalt in den USA pauschale Rückschlüsse auf Deutschland zu ziehen, sei grob fahrlässig. "Das darf politische Führung nicht", sagte der Innenminister.²⁵

Zwischendurch:

²⁵ BR²⁴, URL: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/stuttgart-unter-schock-nie-dagewesene-dimension-von-gewalt,S2Y54AI> (21.06.2020, von *Simon Berninger, Tessa Siebenhüner*)

Kritik an Esken-Vorstoß

"Polizisten nicht vorverurteilen"

Gibt es auch bei der deutschen Polizei "Korpsgeist" und "latenten Rassismus"? Das meint zumindest SPD-Chefin Esken. CDU und Gewerkschaften sehen das komplett anders - von Grünen und Linken kommt aber Unterstützung.

...²⁶

Ausführlicher zu dieser Thematik [vgl. *Kapitel 1.3: Exkurs: Rechtsextremistische Tendenzen sowie latenter Rassismus (Racial Profiling) in der Polizei und dadurch Vertrauensverlust in die Polizei als Folge*]:

Polizei nimmt Problemgruppen ins Visier

14.04.2022

Innenminister Reul: „Die wachsende Gewaltbereitschaft von Gruppen junger Männer nehmen wir sehr ernst.“

Regelwidriges Gruppenverhalten wird ein neuer strategischer Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Polizei. Das hat Innenminister Herbert Reul am Donnerstag im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt gegeben. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, und dem Leitenden Polizeidirektor, Martin Fischer, erläuterte Reul das Phänomen regelwidrigen Gruppenverhaltens sowie Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Problemgruppen. Der Minister legte dafür einen neuen polizeilichen Handlungsrahmen vor. Fischer und Lewe präsentierten außerdem die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Stadt und Polizeipräsidium und die konkreten Pläne für Münster.

„Häufig tummeln sich die Krawallmacher auf Feiermeilen oder in Parks, wo sie Alkohol und Drogen konsumieren und dann gezielt Stress suchen. Diese wachsende Gewaltbereitschaft nehmen wir sehr ernst“, so Innenminister Herbert Reul.

In den vergangenen zwei Jahren war es in zahlreichen nordrhein-westfälischen Städten und insbesondere an Wochenenden und Feiertagen wiederholt zu Polizeieinsätzen gekommen. So haben in der Düsseldorfer Altstadt im August 2021 rund 500 junge Menschen Rettungskräfte bedrängt und bei der Versorgung einer verletzten Person behindert. Ein weiteres Beispiel ist der Aachener Weiher in Köln: Dort haben feiernde Gruppen im August und

²⁶ tagesschau.de, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/esken-polizei-rassismus-103.html> (Stand: 08.06.2020)

September 2021 Polizisten und Polizistinnen mit Flaschen beworfen. Auffällig waren auch die Ausschreitungen im Juni 2021 am Aasee in Münster. Hier bewarfen junge Menschen die Einsatzkräfte mit Flaschen und leisteten Widerstand, als die Polizei das Gelände räumte.

„Wir haben einige Hundert, teilweise mit Messern und Schlagwerkzeugen bewaffnete junge Männer festgestellt, die sich in kurzer Zeit unter die bis dahin friedlich Feiernden gemischt haben und gezielt auf Gewalt aus waren. Nur mit einem massiven Polizeiaufgebot konnte eine Eskalation verhindert werden“, so der Leitende Polizeidirektor Martin Fischer. „Diese Erfahrung hat uns gezeigt, dass wir gewaltbereite Gruppen von Anfang an fernhalten müssen, um alle friedlichen Gäste und die Anwohnerschaft zu schützen. Den meisten Erfolg verspricht dabei eine enge Abstimmung von polizeilichen und kommunalen Maßnahmen, um es Störern möglichst ungemütlich zu machen.“

Um dem Problem zu begegnen, hat die Polizei die Gruppen zunächst analysiert und festgestellt, dass es sich meistens um männliche Jugendliche und Männer unter 30 Jahren handelt – sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund. Oft kommt es zu verbalen oder körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Feiernden, nicht selten werden Einsatzkräfte attackiert; manchmal auch unter Einsatz von Messern oder anderen Waffen. Zuletzt wurden an den Karnevalstagen in der Düsseldorfer Altstadt vier junge Männer niedergestochen und teils lebensgefährlich verletzt. Bei Messer-Attacken lag der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger 2021 bei 42,6 Prozent; deutlich überproportional.

Auch bei Treffen der Tuner- und Raser-Szene kommt es des Öfteren zu großen Menschenansammlungen. Ein weiteres Beispiel für gewaltbereite und gewaltsuchende Gruppen sind Hooligans. Vor, während und nach Fußballspielen sind Ausschreitungen keine Seltenheit. Besonders akut und besorgniserregend ist die kriminelle Entwicklung bei männlichen Jugendlichen und jungen Männern, die zum Feiern und Randalieren in die Innenstädte kommen.

„Dieses relativ neue Phänomen des regelwidrigen Gruppenverhaltens werden wir von nun an mithilfe des Handlungsrahmens gezielt bekämpfen. Wir setzen hier einen neuen strategischen Schwerpunkt“, so Innenminister Reul. Um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen, soll es einen proaktiven, vernetzten, nachhaltigen, repressiven und präventiven Maßnahmen-Mix geben. Unter anderem soll die Polizei stärker mit anderen Behörden zusammenarbeiten: So wird es mehr Austausch mit Jugendämtern sowie Streetworkern und Streetworkerinnen geben; auch soll der Bezirksdienst öfter einbezogen werden, etwa bei der Bewertung der Lage in ihrem Quartier. Bereits Ende vergangenen Jahres wurden in Köln und Düsseldorf Waffenverbotszonen eingerichtet. In diesen Zonen kann die Polizei Personen ohne konkreten Verdacht durchsuchen und Waffen und Messer mit einer feststehenden oder

feststellbaren Klingenslänge von mehr als vier Zentimetern beschlagnahmen. Des Weiteren sollen unter anderem Platzverweise, verstärkte Videobeobachtung und Beleuchtungskonzepte kriminellen Verhalten vorbeugen.

Kontrollen sollen directionsübergreifend geplant und durchgeführt werden etwa im Bereich der strategischen Fahndung; heißt: Wenn die Polizei Personen anhält, befragt, ihre Identität feststellt und sie durchsucht, stimmen sich die Polizisten vor Ort noch intensiver als bislang mit anderen Direktionen und Behörden ab. Auch sollen insgesamt mehr Polizeikräfte eingesetzt werden, um auf gewaltbereite Gruppen reagieren zu können. Je nach Anlass können beispielsweise Kräfte der Bereitschaftspolizei zur Unterstützung hinzugezogen werden. Wiederholungstäter will die Polizei mittels Intensivtäterkonzepten gezielt ins Visier nehmen: Da Mehrfachtäter überproportional viele Straf- und Gewalttaten begehen, sollen täterbezogene Informationen bei einer spezialisierten Dienststelle gebündelt werden.

Oberbürgermeister Markus Lewe: „Insbesondere wenn sich Gruppen regelwidrig verhalten, ist es erforderlich, überbehördlich und schnell zu reagieren. Polizei und Stadt Münster arbeiten hier Hand in Hand zusammen. Vom präventiven Glasverbot für bestimmte Bereiche, über gemeinsame Kontrollen, bis hin zu Platzverweisen, stimmen sich unsere Behörden eng miteinander ab. Aber wir haben auch festgestellt, dass die Maßnahmen nicht mit dem Einsatz der Polizei- und Ordnungskräfte enden. Für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist genauso erforderlich, dass weitere Maßnahmen, wie die Reinigung des Platzes, schnell durchgeführt werden. Daher wurden auch das Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit und die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Münster in die Zusammenarbeit mit der Polizei eingebunden.“

„All diese Maßnahmen sollen helfen, die Straßen, Plätze und Parks wieder sicherer zu machen. Wir müssen dringend verhindern, dass für Anwohnerinnen und Anwohner Angsträume entstehen. Die jungen Leute meinen, sie sind innerhalb ihrer Gruppe total anonym und können deshalb nicht für ihre Taten belangt werden. Deshalb müssen wir konsequent gegen gewaltbereite und kriminelle Gruppen vorgehen, Präsenz zeigen und insbesondere präventive Maßnahmen anwenden, damit es am besten gar nicht erst zu Straftaten kommt“, sagte Reul.

Kurzinfo zu Maßnahmen Regelwidriges Gruppenverhalten²⁷

Eine Einsatzkonzeption „als neuer strategischer Schwerpunkt“, die überzeugt und auch beispielgebend ist. Vielleicht sollte die Konzeption evaluierend begleitet werden.

²⁷ Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, URL: <https://www.im.nrw/polizei-nimmt-problemgruppen-ins-visier>

Krawalle:

Stuttgart diskutiert über Konsequenzen

Mehr Streetworker oder Polizisten? Alkoholverbot oder Videoüberwachung? In Stuttgart soll sich nach den heftigen Randalen von etwa 500 jungen Menschen einiges ändern.

Nach den gewalttätigen Ausschreitungen, die sich am vergangenen Wochenende in Stuttgart ereignet haben, sind Stadt und Land schneller damit, politische Konsequenzen zu präsentieren, als Polizei und Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungsergebnisse. Das ist nicht weiter verwunderlich, befindet sich Stuttgart doch in doppelter Hinsicht im Wahlkampf. Im November geht es darum, wer Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) nachfolgen kann, im Frühjahr folgt die Landtagswahl.

Noch ist nicht klar, wie viele der geschätzt 500 Jugendlichen, die sich laut Polizei aggressiv verhalten haben, tatsächlich Straftaten begingen. Auch über Motivation und soziale Hintergründe der großen Mehrheit weiß man wenig. Bekannt ist, dass bisher 25 junge Menschen im Alter von 14 bis 33 Jahren vorläufig festgenommen wurden - darunter zwei junge Frauen, beide volljährig. Acht Männer befinden sich in Untersuchungshaft, die übrigen Festgenommenen gelten weiter als tatverdächtig. 15 der Tatverdächtigen wurden schon ein oder mehrere Male angezeigt, darunter sieben Deutsche, von denen es einer auf 24 Anzeigen bringt.

Unmittelbar nach den Ausschreitungen hat vor allem im Internet die Diskussion darüber begonnen, ob die Gewalt hauptsächlich von Menschen mit Migrationshintergrund ausging. Ohne die weiteren Ermittlungen abzuwarten, lässt sich das nicht seriös beantworten. So handelt es sich bei dem 16-Jährigen, dem versuchter Totschlag und damit der bislang am schwersten wiegende Vorwurf zur Last gelegt wird, um einen Deutschen. Er soll mit Absicht den Kopf eines am Boden liegenden Studenten getreten haben. Der hatte laut Polizei die Ausschreitungen kritisiert und war daraufhin von mehreren Personen zusammengeschlagen worden.

"Wir sind mit Hochdruck daran, noch mehr Gewalttäter zu identifizieren"

Neun der bisher bekannten 25 Tatverdächtigen haben laut Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) einen Geflüchtetenhintergrund, vier kommen aus einem Mitgliedsland der EU, zwölf sind Deutsche, von denen nach bisherigen Erkenntnissen drei einen Migrationshintergrund haben. Beim Polizeipräsidium wertet eine 40-köpfige Ermittlungsgruppe Spuren, Hinweise und Videos aus. "Wir sind mit Hochdruck daran, noch mehr Gewalttäter zu identifizieren", teilte Vizepolizeipräsident Thomas Berger mit.

Stadt und Polizeipräsidium haben am Montag eine "Sicherheitspartnerschaft" ausgerufen. Berger kündigte an, sich auf warme Sommernächte künftig ähnlich vorzubereiten wie auf Silvester. Außerdem wird die Stadtverwaltung laut Kuhn nun "ein Alkoholverbot oder Videoüberwachung" an bestimmten Plätzen prüfen sowie den Einsatz von Streetworkern.

All dies knüpft an ältere Diskussionen an. Die Stadt beschäftigt sich schon lange mit der Partyszene im öffentlichen Raum. Denn viele junge Menschen aus der Stadt und dem Umland fahren am Wochenende in die Fußgängerzone, um dort zu feiern. Immer wieder ist es dabei zu Gewalt gekommen, wenn auch nicht in dieser Dimension. 2012 hatte das Land deshalb das Pilotprojekt "Prävention alkoholbedingter Jugendgewalt" finanziert, bei dem Sozialarbeiter mit den Feiernden sprachen und Konflikte entschärften. Es galt als erfolgreich, wurde aber nicht weiterfinanziert.

Thomas Strobl hat der Stadt am Dienstag ebenfalls eine "Sicherheitspartnerschaft" vorgeschlagen. Er könne sich eine Zusammenarbeit wie in Freiburg vorstellen, sagte er. Dort hat eine Sondergruppe der Polizei speziell das Nachtleben und junge Mehrfachtäter im Blick. Voraussetzung sei, dass die Stadt auch selbst handle, so Strobl etwa mit einer Videoüberwachung. Er versicherte auch, dass der Polizeieinsatz kritisch analysiert werde. Er habe bislang aber "keinerlei Indiz dafür, dass hier etwas falsch gelaufen ist". Das Kabinett hat am Dienstag einige zusätzliche Stellen für Staatsanwaltschaft und Gerichte beschlossen, um die Strafverfolgung zu beschleunigen. Dies war schon vor den Vorfällen in Stuttgart geplant.²⁸

Zur Beschleunigung der Strafverfolgung (vgl. **Kapitel 15.3: Beschleunigte Verfahren**).

Göttingen

Bewohner in Quarantäne bewerfen und verletzen mehrere Polizisten

In Göttingen steht ein Hochhauskomplex mit knapp 700 Bewohnern unter völliger Quarantäne. Am Samstag versuchten einige von ihnen, das Gelände zu verlassen.

In Göttingen haben Bewohner und Bewohnerinnen eines unter Quarantäne stehenden Hochhauskomplexes Polizisten und Polizistinnen mit Gegenständen beworfen. Mehrere Beamte wurden dabei verletzt. Eine genaue Anzahl nannte die Polizei nicht. Anlass der Eskalation war laut einer Polizeisprecherin, dass der Missmut über die Quarantänemaßnahmen unter den Bewohnern angestiegen sei.

²⁸ SZ.de (Süddeutsche Zeitung), URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/stuttgart-krawalle-randale-konsequenzen-1.4945267> (23.06.2020, von *Claudia Henzler*)

Mehrere Bewohner hatten am Samstagnachmittag versucht, das Gelände zu verlassen. Polizeiangaben zufolge wollten manche von ihnen Zäune überwinden, die stellenweise aufgestellt worden waren.

Nach Angaben der Regionalzeitung HNA wurden die Polizisten offenbar mit verschiedenen Gegenständen – darunter Reifen, Steine und Computer – aus den Fenstern des Wohnkomplexes beworfen. Die Polizei habe auch Tränengas eingesetzt, um die Bewohner von der Absperrung zurückzudrängen.

In der Nähe der Wohnanlage fand am Samstag auch eine Demonstration gegen zu hohe Mieten statt. Diese hätte eigentlich an einem anderen Ort in der Stadt stattfinden sollen, war aber kurzfristig verlegt worden. Das bestätigte ein Sprecher der Stadt. Am frühen Abend hatte sich die Lage laut Polizei und Augenzeugen zunächst wieder beruhigt. Zwischenzeitlich war auch der Göttinger Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) vor Ort und sprach mit den Bewohnern.

Eigentlich sollten am Samstag diejenigen Bewohner des Gebäudes untersucht werden, die bei einer ersten großen Testaktion ein negatives Ergebnis erhalten hatten. In der Wohnanlage leben nach Angaben der Stadt mehr als 200 Kinder und Jugendliche in prekären Wohnverhältnissen.

Der Gebäudekomplex mit seinen knapp 700 Bewohnern steht seit Donnerstag vollständig unter Quarantäne. Seitdem darf kein Bewohner mehr das Gebäude verlassen. Seit Donnerstag waren bei knapp 120 Menschen Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus festgestellt worden.²⁹

Polizeipräsident kritisiert Demonstrationsteilnehmer

Nach Randalen am Corona-Hochhaus: Polizei hat 36 Verdächtige im Visier

Nach der Randalen im Göttinger Corona-Hochhaus „Groner Landstraße 9“ im Juni, zieht eine Sonderkommission der Polizei eine erste Bilanz. Im Visier der Fahnder sind 36 Tatverdächtige.

Göttingen – 13 Ermittlungsverfahren, 36 Tatverdächtige und elf verletzte Polizisten: Das ist die Zwischenbilanz der Ermittlungen nach der Randalen in Göttingen um den Hochhauskomplex „Groner Landstraße 9“ am 20.06.2020 und 21.06.2020.

Diese Zahlen legte die vierköpfige Sonderkommission am Montag (03.08.2020) vor. Die Beamten leiteten zwölf Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, tätlichen Angriffen auf die Polizei, gefährlichen Körperverletzungen, Sachbeschädigung und Beleidigung ein.

²⁹ ZEIT ONLINE, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-06/goettingen-hochhauskomplex-quarantaene-bewohner-angriff-polizei> (20.06.2020, Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, msk)

Göttingen: Bei den Ausschreitungen waren elf Beamte verletzt worden

Außerdem wurden Verfahren wegen versuchter schwerer Brandstiftung und wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz eingeleitet. Insgesamt sind 36 Personen im Visier der Polizei, von ihnen konnten bereits 25 Verdächtige identifiziert werden.

Außerdem wurden Verfahren wegen versuchter schwerer Brandstiftung und wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz eingeleitet. Insgesamt sind 36 Personen im Visier der Polizei, von ihnen konnten bereits 25 Verdächtige identifiziert werden.

Bei den übrigen Personen laufen die Bemühungen auf Hochtouren. Bei den Ausschreitungen in Göttingen waren elf Beamte verletzt worden, drei von ihnen waren zunächst nicht mehr dienstfähig. Die Betroffenen wurden unter anderem von Pflastersteinen und Metallstangen getroffen.

Göttingen: Als Hilfsmittel stellten sich Recherchen in sozialen Netzwerken heraus

Nach den Ausschreitungen gab es vier Durchsuchungen. Dabei wurden Beweise, unter anderem Wurfgegenstände sowie elektronische Datenträger, sichergestellt.

Als wertvolles Hilfsmittel für die Ermittlungen stellten sich die Recherchen in öffentlich zugänglichen Medien sowie in den sozialen Netzwerken heraus. Mit allen Tatverdächtigen führte die Polizei Gespräche. Dabei wurden die Verdächtigen aus Göttingen über die eingeleiteten Strafverfahren informiert.

Göttingen: Kritik übt der Polizeipräsident Demonstrationsteilnehmern

Angesichts des Ausmaßes der Straftaten und der großen Zahl von verletzten Beamten betont Polizeipräsident Uwe Lührig (Göttingen), dass auch weiterhin mit Nachdruck in dem Fall ermittelt werde. Gleichzeitig betonte er, dass sich die überwiegende Mehrheit der Hochhaus-Bewohner gegenüber der Polizei „zurückhaltend und kooperativ“ verhalten habe.

Kritik übt der Polizeipräsident zudem an einigen Demonstrationsteilnehmern. Sie haben laut Lührig Beifall geklatscht, als die Einsatzkräfte beworfen und verletzt wurden. Diese Vorkommnisse sind aus Sicht von Lührig nicht zu akzeptieren und werden gesondert untersucht. ...³⁰

Frankfurt

Krawalle in Frankfurt

Was steckt hinter den Gewaltausbrüchen?

³⁰ HNA, URL: <https://www.hna.de/lokales/goettingen/goettingen-ort28741/polizei-goettingen-corona-schlaegerei-hochhaus-angriff-quarantaene-90016978.html> (03.08.2020, von *Bernd Schlegel*)

Die Krawallnacht in Stuttgart Ende Juni, jetzt Randalie in Frankfurt - was steckt hinter den Gewaltausbrüchen? Innenminister Seehofer will eine Studie - zu Gewalt gegen Polizisten.

Erneut ist in einer Großstadt eine Partynacht eskaliert. Nun wird über Ursachen und Konsequenzen diskutiert.

Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) betonte in einer Stellungnahme, mit den Übergriffen auf Polizeibeamte sei eine rote Linie überschritten worden. Die Stadtverwaltung dürfe bei aller Nachsicht nicht zulassen, dass sich solche Szenen wiederholten.

In der Nacht zum Sonntag war es auf dem Opernplatz zu Ausschreitungen gekommen. Bei einer Sicherheitskonferenz sagte Polizeipräsident Gerhard Bereswill, die Einsatzkräfte seien aus der Menge mit Flaschen angegriffen worden, obwohl sie deeskalierend gehandelt hätten. Mindestens fünf Beamte seien verletzt und mehrere Polizeifahrzeuge beschädigt worden. Die etwa 500 bis 800 Anwesenden hätten gejubelt, wenn eine Flasche die Polizisten getroffen habe.

Sperrstunde am Wochenende

Die Stadt reagierte auf die Ausschreitungen mit der Ankündigung einer Sperrstunde. Künftig gelte Freitag und Samstag von null Uhr an ein Betretungsverbot für den Opernplatz, sagte Sicherheitsdezernent Markus Frank (CDU). Um ein Uhr nachts solle der Platz von Sicherheitskräften geräumt werden.

39 Menschen waren bei den Krawallen in der Nacht auf Sonntag festgenommen worden. Nach Angaben von Polizeipräsident Bereswill handelt es sich bei den 39 bis auf eine Frau ausschließlich um Männer im Alter von 17 bis 23 Jahren, "vorwiegend mit Migrationshintergrund". Der überwiegende Teil von ihnen sei polizeibekannt, unter anderem wegen Körperverletzung, Diebstahl oder Drogendelikten. Gegen sie werde wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung ermittelt.

29 dieser Tatverdächtigen lebten nicht in Frankfurt - es solle nun geprüft werden, Aufenthaltsverbotsverfügungen für die Stadt auszusprechen, um zu verhindern, "dass diese Leute wieder Frankfurt betreten", sagte Bereswill.

Parallelen zu Krawallnacht in Stuttgart

Bereswill und Frank klagten über die in den vergangenen Jahren gestiegenen Aggressionen gegen Polizisten, aber auch gegen Feuerwehrleute und Rettungskräfte. "Das ist brandgefährlich", sagte Frank. Er hoffe, dass die Justiz nach den Krawallen ein "klares Zeichen" gegen die für die Angriffe Verantwortlichen setze.

Die Vorfälle in Frankfurt erinnern an die Krawalle in Stuttgart Ende Juni: Dort hatte es Auseinandersetzungen auf dem Schlossplatz zwischen Feiernenden und der Polizei gegeben, an denen mehrere Hundert Menschen beteiligt

waren. Im Anschluss war die Polizei in die Kritik geraten, weil sie bei ihren Ermittlungen auch das Umfeld der Verdächtigen und deren familiären Hintergrund - zum Beispiel die Nationalität der Eltern - untersuchte.

Kritik an Äußerungen zu Migrationshintergrund der Verdächtigen

Auch in Frankfurt gibt es Kritik über die Äußerungen zum möglichen Migrationshintergrund der Randalierer. Der Frankfurter Landtagsabgeordnete Turgut Yüksel (SPD) bezeichnete sie als völlig verfehlt. Der hohe Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung sei eine Tatsache, insbesondere in jungen Altersgruppen. Daraus eine Motivation für Kriminalität abzuleiten und die Debatte zu ethnisieren, sei nicht zielführend für präventive Arbeit in der Zukunft, sagte er.

Auch Dirk Baier, Leiter des Instituts für Delinquenz und Kriminalitätsprävention an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, sieht keinen Sinn in einer Überprüfung des Herkunftslands der Eltern bei Tatverdächtigen. Im Interview mit tagesschau24 erklärte er, hinter Gewaltausbrüchen wie in Frankfurt stünden andere Ursachen, wie Perspektivlosigkeit und anerzogene Männlichkeitsnormen. Es mache daher wenig Sinn, Stammbäume zu rekonstruieren. Man müsse sich stattdessen auf die aktuellen Probleme der jungen Menschen konzentrieren, die so gewalttätig agieren.

Auch eine Sperrstunde löse die Probleme in der Stadt nicht grundsätzlich. Sie verlagerten sich dadurch lediglich auf andere Stadtviertel. Die jungen Menschen seien weiterhin da. Es brauche eine kommunikativere Polizei, die auf die Menschen zugehe und mit ihnen spreche, keine aufgerüsteten Beamten, die Konfliktlinien weiter verschärften, so Baier.

Seehofer fordert Studie zu Gewalt gegen Polizisten

Auch das Bundesinnenministerium schaltete sich in die Debatte ein und forderte umfassende Aufklärung. Die Ministeriumssprecherin sprach von einem "Gewaltexzess, bei dem überwiegend junge Menschen massiv gegen Polizeibeamte vorgingen" und von "umstehenden Passanten" bejubelt worden seien. "Ein solches Verhalten sowohl von den Angreifern als auch von den Passanten ist nicht hinnehmbar und durch nichts zu rechtfertigen" sagte sie. Der Polizei gebühre Dank für ihr "konsequentes, aber besonnenes" Eingreifen.

Minister Horst Seehofer forderte empfindliche Strafen für die Randalierer. Darüberhinaus regte er eine Studie über Gewalt gegen Polizeibeamte an. Eine solche Studie müsse erfragen, "was führt in Deutschland seit längerem dazu, dass die Polizei – bis in wichtige Bereiche der Politik und der Medien hinein – so beschimpft und verunglimpft wird?", sagte Seehofer dem "Münchner Merkur".

Der CSU-Politiker war kürzlich in die Kritik geraten, weil er eine von seinem Ministerium in Aussicht gestellte Studie über Racial Profiling bei der Polizei abgesagt hatte. "Racial Profiling" durch die Polizei ist die anlasslose

Kontrolle von Menschen allein aufgrund äußerer Merkmale wie Haut- oder Haarfarbe. Seehofer begründete die Absage der Studie damit, dass Rassismus in der Polizei kein strukturelles Problem sei. Die Opposition kritisierte ihn dafür scharf, das SPD-geführte Bundesjustizministerium forderte ein Festhalten an der Rassismus-Studie.³¹

Kommentar

Problem nicht zur Partykultur (v)erklären

Berlin. Erst Stuttgart, dann Frankfurt. Wer hier noch von "Partykultur" spricht, verklärt das Problem.

Der hessische Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei, Thomas Mohr, hat erklärt, dass es sich bei den Randalierern von Frankfurt um "auffällige junge Männer, die eine Integration in unsere Gesellschaft nicht wollen" handelt. Was ist los mit diesen jungen Menschen? Die meisten Zeitgenossen, völlig gleich welcher Herkunft sie sein mögen, gehen auch im alkoholisierten Zustand nicht mit zerborstenen Glasflaschen auf Polizisten los. Ein "Reizklima" durch die Corona-Pandemie überzeugt da als Erklärung allein nicht. Es gibt ganz offensichtlich ein Integrationsproblem in bestimmten Milieus. Hier bricht sich eine Respekt- und Skrupellosigkeit gegenüber Beamten Bahn, die nicht mit jugendlicher Partykultur zu (v)erklären ist.

Die Hintergründe müssen aufgeklärt werden, und natürlich müssen dazu die Hintergründe der Täter, ihre Herkunft und ihr Elternhaus, untersucht werden. In Stuttgart ist man aber schon allein mit dem Vorhaben, genau dies zu tun, in die Kritik geraten. Den dortigen Ermittlern wurde nach der Ankündigung, eben solche Hintergründe aufzuklären, sofort "Stammbaumforschung" und damit Rassismus vorgeworfen. Wer vorgibt, die offene Gesellschaft zu wollen, muss bereit sein, offen auch über solche Probleme zu sprechen. Die Polizei darf nicht jedes Wochenende ausbaden müssen, was offenbar an anderen Stellen, auch in der Politik, bislang nicht ernst genug genommen wird.³²

Dieser Kommentar ist ganz in meinem Sinne.

Trier

Attacke von 40 Personen in Trier: Nach Angriff auf Polizisten weitere Verdächtige identifiziert

³¹ tagesschau.de, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/frankfurt-opernplatz-krawalle-101.html> (Stand: 20.07.2020 18:11 Uhr)

³² Neue Osnabrücker Zeitung, URL: <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/2091249/stuttgart-und-frankfurt-zeigen-auch-ein-unterschaetztes-integrationsproblem-auf> (20.07.2020, von *Rena Lehmann*)

Nach dem massiven Angriff einer etwa 40-köpfigen Gruppe auf Polizisten in Trier wird nach weiteren Tätern gesucht – und nach ihrem Motiv.

19.02.2023, 16:06 Uhr

Eine Ermittlungsgruppe mit rund 100 Beamten sucht nach dem Angriff auf Polizisten in Trier nach weiteren Tatverdächtigen. Es seien weitere potenziell Beteiligte ermittelt worden, sagte ein Sprecher des Trierer Präsidiums am Samstag. Zu Einzelheiten wollte sich die Polizei aus ermittlungstaktischen Gründen zunächst nicht äußern.

Am Freitag waren der Polizei zwei Tatverdächtige bekannt gewesen, nun seien es mehr. In der Nacht zum Freitag war nach Polizeiangaben vor einer Diskothek eine Gruppe von etwa 40 Angreifern mit Glasflaschen, Holzstöcken und Schaufeln auf herbeigerufene Beamte losgegangen. Fünf Beamte wurden verletzt.

Die Polizei sei weiterhin dankbar für Hinweise und Videos, sagte der Sprecher und verwies auf ein Hinweisportal, auf dem man Material hochladen könne. Insgesamt seien bis Samstagnachmittag 15 Hinweise eingegangen, darunter auch Videoaufzeichnungen. Zur Aufklärung hat die Polizei eine sogenannte Besondere Aufbauorganisation (BAO) eingesetzt. Die Polizei kündigte an, dass auch Beifallsbekundungen in den sozialen Medien konsequent verfolgt würden.

„Hier wurde gegen Polizistinnen und Polizisten im Einsatz gezielt Gewalt ausgeübt, das ist zutiefst verachtenswert.“

Michael Ebling, Landesinnenminister (SPD)

Politiker in Land und Bund hatten die nächtliche Attacke scharf verurteilt. Landesinnenminister Michael Ebling (SPD) besuchte am Samstag das Polizeipräsidium Trier und traf auch Beamte, die an dem Einsatz beteiligt waren. Der Minister sprach im Anschluss von eskalierender Gewalt und einer außerordentlich gefährlichen Situation. „Hier wurde gegen Polizistinnen und Polizisten im Einsatz gezielt Gewalt ausgeübt, das ist zutiefst verachtenswert“, sagte Ebling.

Die Polizisten seien mit einem Höchstmaß an Professionalität im Einsatz gewesen und hätten diesen schließlich erfolgreich zu Ende geführt. Nun müsse deutlich gemacht werden, dass Gewalt gegen Polizisten nicht geduldet werde, sagte Ebling. Gegen solche Übergriffe müsse man mit der gesamten Härte des Gesetzes vorgehen. Dass viele Menschen Solidarität mit der Polizei zeigten, sei wichtig.

Ein Polizist in Trier feuerte zwei Warnschüsse ab

Ein Beamter hatte den Angaben zufolge bei dem Vorfall zwei Warnschüsse in die Luft gefeuert, woraufhin die Angreifer innehielten und sich die Polizisten neu formieren konnten. Schließlich hätten sie die Lage in den Griff bekommen. Zwei Verdächtige waren vorübergehend festgenommen worden. Die Angreifer sollen sich vor dem Club gegen die Polizei solidarisiert haben. Die Polizei war wegen einer Körperverletzung alarmiert worden. Bei den Ermittlungen dazu auf dem Platz vor dem Club eskalierte die Lage. Man gehe davon aus, dass auch Alkohol eine Rolle gespielt habe.

In Rheinland-Pfalz habe es vergangenes Jahr rund 1700 Fälle von Gewalt gegen Polizisten gegeben, sagte der Inspekteur der Polizei, Friedel Durben, am Samstag in Trier. In der Hälfte der Fälle hätten Alkohol und gruppendynamische Prozesse eine Rolle gespielt.

Die bei dem Einsatz verletzten Polizisten hatten nach Behandlungen am Freitag Kliniken wieder verlassen können. In solchen Krisensituationen stehe auch psychologische Unterstützung bereit, sagte der Polizeisprecher. „Wir sind natürlich sehr betroffen und auch erschrocken, dass so etwas hier möglich ist“, sagte er mit Blick auf die Tat. (dpa)³³

Interview mit Polizeigewerkschafter Jörg Radek

"Polizei wird zum Reparaturbetrieb"

Berlin. Hass und Gewalt wie zuletzt in Frankfurt schlage seinen Kollegen in alltäglichen Situationen entgegen, sagt der stellvertretende Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Jörg Radek. Er vermisst Solidarität aus der Politik.

Herr Radek, erst Stuttgart, dann Frankfurt - wo kommt dieser Hass auf Polizisten her?

Wir beobachten seit Längerem, dass uns als Polizei kein Respekt entgegengebracht wird, sondern Hass und Gewalt. Das äußert sich in körperlichen Attacken allein aufgrund von Polizeipräsenz. Wir kontrollieren noch nicht mal, und schon wird die Polizei mit Steinen beworfen und beschimpft. Ich denke, wir haben in der Corona-Pandemie ein gesellschaftliches Reizklima. Die Menschen haben eine Sehnsucht, ihre Freiheit auszuleben. Aber das hat natürlich in der Pandemie seine Grenzen. Darüber müssen wir nachdenken: Was macht die Pandemiebekämpfung mit unserem gesellschaftlichen Miteinander?

Kommt dieser Hass aus allen gesellschaftlichen Gruppen?

³³ TAGESSPIEGEL, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/attacke-von-40-personen-in-trier-nach-angriff-von-auf-polizisten-weitere-verdachtige-identifiziert-9375977.html>

Solche Ausschreitungen passieren meistens in der Nacht von Samstag auf Sonntag. Ganz offensichtlich tut die Sommerfrische ihr übriges. Dann kommen noch Alkohol und möglicherweise Drogen hinzu, und auf einmal gerät etwas außer Kontrolle. Wir als Polizei müssen darauf angemessen reagieren, um diesem Reizklima entgegenwirken zu können. ...

In Frankfurt hat der Polizeipräsident klar gemacht, dass es sich bei den Angreifern um 17 bis 21-jährige junge Männer handelte, die meisten von Ihnen mit Migrationshintergrund. Liegt hier nicht auch ein Integrationsproblem einer bestimmten Gruppe vor?

Er hat auch erwähnt, dass viele von ihnen bereits polizeibekannt sind, wir kennen die Täter also. Wir haben als Gewerkschaft schon 2014, also vor der Massenmigration 2015 und 2016, ein gesamtstaatliches Konzept zur Migration gefordert. Wir halten es für notwendig, ein Angebot zu machen und diejenigen zu integrieren, die zu uns kommen. Wir als Polizei sind jetzt der gesellschaftliche Reparaturbetrieb dafür, dass es ein solches Konzept nicht gibt.

Was müssen dann jetzt die Konsequenzen sein?

Wir müssen kurzfristig so darauf reagieren, dass wir zeitlich beschränkte Betretungsverbote für bestimmte Plätze und Straßen haben. Das ist immer noch verhältnismäßig auch allen anderen gegenüber, die wissen, wie man sich an einem Samstagabend verhält. Polizei muss im öffentlichen Raum präsenter sein. Dann möchte ich aber nicht die Kritik hören, wir entwickelten uns jetzt zu einem Polizeistaat. Solche Maßnahmen sind schlicht und ergreifend notwendig, um ein ziviles Miteinander zu organisieren.

Fühlen Sie sich dabei von der Politik ernst genommen und unterstützt?

Wir registrieren, dass es eine Erklärung der Innenministerkonferenz von Erfurt gibt, die sich ganz eindeutig hinter die Polizei stellt. Wir erleben auch einen Bundespräsidenten, der nach Stuttgart gefordert hat, dass die Polizei gestärkt werden muss. Aber ich erwarte auch in der Nachbetrachtung von solchen Ereignissen wie jetzt in Frankfurt, dass parteiübergreifend die Solidarität zur Polizei ausgesprochen wird. Man muss sich schon nachhaltig zur Polizei bekennen. Das vermisse ich bei einigen. ...³⁴

Berlin

Politiker bestürzt

³⁴ Neue Osnabrücker Zeitung, URL: <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/2091271/polizeigewerkschafter-joerg-radek-sieht-reizklima-und-integrationsprobleme-als-ursachen-fuer-randalen> (21.07.2020, von *Rena Lehmann*)

Nur drei Polizisten standen den Randalierern vor dem Reichstag noch im Weg

Mehrere Zehntausend Menschen demonstrierten am Samstag in Berlin gegen die Corona-Beschränkungen. Für Aufsehen und Empörung sorgte aber vor allem der Sturm auf die Treppen des Reichstags.

Das war passiert

Demonstranten gegen die staatliche Corona-Politik hatten am Samstagabend eine Absperrung am Reichstagsgebäude in Berlin durchbrochen und waren auf die Reichstagsstreppe gestürmt. Polizeibeamte drängten die Menschen zurück. Die Polizei setzte Pfefferspray ein, es kam zu Rangeleien.

Am Reichstagsgebäude hatte es zuvor eine Kundgebung gegeben. Bei Demonstranten waren auch die von Reichsbürgern verwendeten schwarz-weiß-roten Reichsflaggen zu sehen. Die Polizei löste die Demo dann auf. Einsatzkräfte räumten den Platz vor dem Reichstagsgebäude und schoben die Demonstranten weg.

Polizeisprecher Thilo Cablitz erklärte dazu: „Wir können nicht immer überall präsent sein, genau diese Lücke wurde genutzt, um hier die Absperrung zu übersteigen, zu durchbrechen, um dann auf die Treppe vor dem Reichstag zu kommen.“

Reaktionen

Politiker fast aller Parteien haben sich bestürzt gezeigt über die Ereignisse am Berliner Reichstag während der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verurteilte den Sturm der Randalierer scharf. „Reichsflaggen und rechtsextreme Pöbeleien vor dem Deutschen Bundestag sind ein unerträglicher Angriff auf das Herz unserer Demokratie. Das werden wir niemals hinnehmen“, erklärte er am Sonntag.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sagte am Sonntag: „Es betrifft uns alle, wenn eine gewaltbereite, ersichtlich rechtsradikale Minderheit den Sitz der Volksvertretung stürmen will. Nach diesen Szenen sollte der Letzte verstanden haben, dass es auch Grenzen des Anstands gibt, wie weit man mitträgt, wer mit einem mitläuft. Der Verantwortung, sich bei seinem Protest nicht von Extremisten instrumentalisieren zu lassen, kann sich niemand entziehen.“

Bundesjustizministerin Christina Lambrecht (SPD) hat eine harte Antwort des Staates auf die Proteste von Gegnern der Corona-Schutzmaßnahmen vor dem Bundestag gefordert. „Das unerträgliche Bild von Reichsbürgern und Neonazis vor dem Reichstag darf sich nicht wiederholen – nicht vor dem Parlament und niemals im Parlament“, sagte Lambrecht am Sonntag den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. „Gegen diese Feinde unserer Demokratie müssen wir uns mit aller Konsequenz zur Wehr setzen.“

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte bereits am Samstag gesagt: „Das Reichstagsgebäude ist die Wirkungsstätte unseres Parlaments und

damit das symbolische Zentrum unserer freiheitlichen Demokratie. Dass Chaoten und Extremisten es für ihre Zwecke missbrauchen, ist unerträglich. Meinungsvielfalt ist ein Markenzeichen einer gesunden Gesellschaft. Die Versammlungsfreiheit hat aber dort ihre Grenzen, wo staatliche Regeln mit Füßen getreten werden.“

Außenminister Heiko Maas (SPD) twitterte: „Reichsflaggen vorm Parlament sind beschämend.“ SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz schrieb: „Nazisymbole, Reichsbürger- & Kaiserreichflaggen haben vor dem Deutschen Bundestag rein gar nichts verloren.“

Auf die Frage, ob es vielleicht besser gewesen wäre, die Demonstration zu verbieten, sagte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil, er wundere sich, dass der Verfassungsschutz nach eigenen Angaben im Vorfeld keine Hinweise darauf entdeckt habe, „dass hier Rechtsextreme versuchen, diese Demonstration zu unterwandern“.

Die Bilder des Tages zeigten etwas anderes. „Das wird man sich nochmal genauer angucken müssen, warum diese Hinweise im Vorfeld anscheinend nicht vorlagen oder nicht vernünftig ausgewertet wurden“, sagte der SPD-Politiker. Nun werde im Ältestenrat des Bundestages zu klären sein, „wie Sicherheitskonzepte ausgesehen haben.“

► Der Initiator der Demonstration und Kundgebung, Michael Ballweg von der Initiative Querdenken, sagte am Sonntag, er distanzieren sich von denen, die am Reichstag demonstriert haben. „Die haben mit unserer Bewegung nichts zu tun.“ Querdenken sei eine friedliche und demokratische Bewegung, Gewalt habe da keinen Platz.

38.000 Teilnehmer, 300 Festnahmen

Nach Schätzungen der Behörden nahmen an den Protesten in der Stadt am Samstag insgesamt rund 38.000 Menschen teil. Wie Innensenator Andreas Geisel (SPD) am Abend berichtete, wurden über den Tag verteilt rund 300 Menschen festgenommen, allein vor der russischen Botschaft etwa 200.

Dort flogen unter anderem aus einer Menge von rund 3000 sogenannten Reichsbürgern und Rechtsextremisten Steine und Flaschen auf die Polizei, wie er sagte. Laut Polizei gab es dort auch Gefangenenbefreiungen. Geisel bezeichnete die Ereignisse als vorhersehbar. „Es war erwartbar, was heute passiert ist“, sagte er am Samstagabend in den ARD-„Tagesthemen“.

Festgenommen wurde vor der russischen Botschaft auch der Vegan-Koch Attila Hildmann, der sich selbst „ultrarechts“ und einen Verschwörungsprediger nennt. Zu den Hintergründen der Festnahme Hildmanns äußerte sich Geisel nicht.

Im Laufe des Tages wurden auch Straßen vorübergehend blockiert, Absperungen durchbrochen und ein Baucontainer angezündet, wie die Polizei weiter mitteilte. Sie war mit rund 3000 Beamten im Einsatz.

Aufgerufen zum Protest hatte die Stuttgarter Initiative Querdenken 711. Sie hatte mit rund 22.000 Teilnehmern gerechnet, es kamen aber deutlich mehr. Es gab auch Gegenproteste, unter anderem aus der linken Szene.³⁵

Dank an Polizisten für ihren Einsatz

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat den Polizistinnen und Polizisten gedankt, die am 29. August bei den Demonstrationen in Berlin im Einsatz waren. Am 31. August empfing er stellvertretend sechs von ihnen zu einem Gespräch in Schloss Bellevue. Im Anschluss an das Zusammentreffen sagte er:

"Reichsflaggen, sogar Reichskriegsflaggen darunter, auf den Stufen des frei gewählten deutschen Parlaments, im Herz unserer Demokratie – das ist nicht nur verabscheuungswürdig, sondern angesichts der Geschichte dieses Ortes geradezu unerträglich. Wir dulden keine antidemokratische Hetze und keine Herabwürdigung der Bundesrepublik Deutschland am Bundestag. Rechtsextremistische Pöbeleien und Gewalt bei der Demonstration am vergangenen Samstag in Berlin haben zu Recht viele Menschen erschreckt und empört. Wir werden solche Ausschreitungen nicht hinnehmen."

"Wer sich über die Corona-Maßnahmen ärgert oder ihre Notwendigkeit anzweifelt, kann und darf dagegen demonstrieren. Mein Verständnis endet aber dort, wo Demonstranten sich vor den Karren von Demokratiefeinden und politischen Hetzern spannen lassen. Wer auf den Straßen den Schulterchluss mit Rechtsextremisten sucht, aber auch wer nur gleichgültig neben Neonazis, Fremdenfeinden und Antisemiten herläuft, wer sich nicht eindeutig und aktiv abgrenzt, macht sich mit ihnen gemein."

"Die Gewaltausschreitungen am Samstag haben wieder einmal deutlich gezeigt: Der Rechtsextremismus hat tiefgreifende Wurzeln in unserer Gesellschaft. Er ist eine ernste Gefahr. Ihn wirksam zu bekämpfen, seine Umtriebe in den Netzen frühzeitig aufzudecken, das ist eine wichtige und andauernde Aufgabe. Die Sicherheitsbehörden, Polizei wie Verfassungsschutz, müssen für diese fundamental wichtige Arbeit darum die notwendige Unterstützung erhalten und gut ausgestattet sein."

"Allerdings, die Verteidigung der freiheitlichen Demokratie obliegt nicht allein der Polizei. Sie ist Aufgabe und Pflicht der gesamten Gesellschaft – und eines jeden Einzelnen. Aktiv, entschieden und mutig müssen wir gemeinsam den Feinden unserer Demokratie die Stirn bieten."

"Wer die verstörenden Bilder vom Samstag gesehen hat, der musste noch Schlimmeres befürchten. Dass die Gewalt nicht hingenommen wurde, haben wir Ihnen zu verdanken – der Polizei Berlins, der Polizei anderer Länder

³⁵ B.Z./DPA, URL: <https://www.bz-berlin.de/berlin/nur-drei-polizisten-standen-den-randalierern-vor-dem-reichstag-noch-im-weg> (30.08.2020)

und des Bundes. Den vielen tausend Polizeibeamtinnen und -beamten, die am Samstag unter hohem persönlichem Risiko und mit großer Professionalität Recht und Gesetz verteidigt haben."

"Unsere Demokratie lebt – und kann sich ihrer Feinde erwehren. Sie, die Polizistinnen und Polizisten, haben dafür gesorgt, dass zehntausende Menschen ihr Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben konnten. Wirksam und beherzt, aber ebenso maßvoll und angemessen haben Sie gezeigt, dass unser Rechtsstaat funktioniert. Als aber die Auflagen willentlich und wissentlich missachtet wurden und Demonstranten zur Gewalt aufriefen, haben Sie unter äußerst schwierigen Bedingungen die Demonstration aufgelöst und das Recht durchgesetzt."

"Für Ihren Einsatz und Ihr vorbildliches Verhalten gebührt Ihnen, den Polizistinnen und Polizisten, großer Dank, Respekt und Anerkennung."³⁶

Ein nicht zu unterschätzender Beitrag unseres Bundespräsidenten. Auch wenn ich mich wiederhole:

Deutschlands unterbesetzte und unterbezahlte Polizei braucht aber noch mehr Anerkennung, um zunehmend neue Aufgaben bewältigen zu können. Angemessene Ernennungen (Beförderungen), Sonderzahlungen und tatsächliche Einstellungszahlen sind unabdingbare Schritte in diese Richtung.

Dazu ein ergänzender Beitrag, der meine volle Zustimmung findet und ganz besonders lesenswert ist (Auszug):

MEINUNG Corona-Krise verändert Sichtweise

Das sind wirklich die Säulen unserer Gesellschaft

Eine Kolumne von Gerhard Spörl

Dank der Corona-Krise erkennen wir immer deutlicher, wer in unserer Gesellschaft wirklich Wertschätzung verdient hat. Die Topmanager sind es eher nicht.

Seit es Corona gibt, haben einige Berufe neue Wertschätzung bekommen, die es verdient haben. Es handelt sich um die Menschen, die im Gesundheitssystem arbeiten, im Krankenhaus und in Altenheimen, auf Intensivstationen und in Heimen für Demente. Moralische Würdigung ist gut, mehr Gehalt natürlich noch besser, weil schwierige Arbeit großzügiger entlohnt werden sollte. Passiert wohl auch, wenn nicht, wäre es eine Schande.

³⁶ Der Bundespräsident, URL: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2020/08/200831-Statement-Gespraech-Polizisten.html> (31.08.2020)

Corona lässt neue Blicke auf die Gesellschaft zu, das ist nicht schlecht. Was wichtig ist und was weniger wichtig, lässt sich jetzt genauer sagen. Wer zum Ganzen beiträgt und wer nur so tut, zeigt sich wie beiläufig in diesen Tagen.

...

Der Polizei sollte mehr Wertschätzung zukommen

Die Zeit der Wertschätzung für die wirklich tragenden Säulen sollte nicht abreißen. Dafür gibt es gute Gründe und Nachholbedarf auch anderswo. Womit ich bei einem meiner neuesten Lieblingsthemen bin: den Polizistinnen und Polizisten.

Gestern gab es in Düsseldorf eine Querdenker-Demonstration. Einige Tausende kamen, dazu aufgerufen von einem Mann namens Michael Schele aus Hagen, einem DJ, der seit Beginn der Corona-Krise nach eigenen Angaben keine Jobs bekam. Wer kam, trug keine Maske, weil er die Pandemie für eine Lüge hält, eine Erfindung von wem auch immer.

Ausübung eines undankbaren Jobs für das Gemeinwohl

Worauf es mir ankommt: Jeder dieser Demonstrationenzüge wird von jungen Polizistinnen und Polizisten passiv begleitet, egal wie dicht beieinander die Demonstranten durch die Straßen ziehen, wie sehr sie sich über die Regierung lustig machen oder sich niederträchtig über sie äußern und egal gegen welche Regeln sie sonst noch verstoßen. Es ist Sonntag, die Sonne scheint, Spätsommerherrlichkeit und etliche Hundert haben Dienst. Was geht ihnen da durch den Kopf?

Kann ja gut sein, dass einige dieser Polizistinnen und Polizisten klammheimlich Sympathie für die Demonstrationen aufbringen. Gut möglich, dass eine Mehrheit von ihnen mit den Zähnen knirscht, weil Verstöße gegen Corona-Regeln ungeahndet bleiben.

Diese Arbeit ist der Normalfall im Leben von jungen Polizistinnen und Polizisten, egal ob im Umkreis der besetzten Häuser in der Rigaer Straße, in Auseinandersetzungen mit Hooligans in vollen Fußballstadien oder bei wild gewordenen Clan-Hochzeiten. Sie sind mitten drin, sie setzen sich ein, sie setzen Recht und Ordnung durch. Sie üben einen undankbaren Job für das Gemeinwohl aus, also für uns, und haben wenig davon, materiell wie moralisch.

Bundespräsident hat es vorgemacht

Wie wäre es mit Wertschätzung? Der Bundespräsident hat neulich damit angefangen, als er die drei Polizisten auf den Stufen des Reichstages einlud. Nachahmung empfohlen.

Ich komme darauf, weil alle Nase lang irgendjemand ultimativ fordert, den latenten Rassismus in der Polizei zu entlarven, am besten durch eine Studie, die sämtliche Vorurteile belegt, die Saskia Esken oder Bodo Ramelow hegen. Was wäre denn, wenn sie recht hätten? Was würde daraus folgen?

Sie können sich ja gar nicht wünschen, dass sie recht haben. Sie reagieren nur wortreich, weil grelle Fälle sie dazu einladen.

Ablehnung Seehofers zur Polizeistudie hilft niemandem

Aber dass Leute, die aus Amtsstuben heraus bössartige Mails an Anwälte und Politiker und andere Figuren des öffentlichen Lebens verschicken, nichts in der Polizei zu suchen haben, versteht sich von selber. Dass Leute, die tief in der Hitler-Zeit steckengeblieben sind, nichts in der Polizei zu suchen haben, ist ja wohl auch klar. Ob sie rechtsradikale Schläfer waren oder sich im Dienst radikalisiert haben, würde mich brennend interessieren, aber das findet man an besten anhand ihrer Fälle heraus – mit solider, wacher Polizeiarbeit.

»Rassismus in der Polizei: Das wahre Ausmaß sehen wir nicht

So reflexhaft wie Linke eine Studie nach ihren Vorstellungen einklagen, so reflexhaft wehrt Innenminister Horst Seehofer sie ab. Damit ist niemandem geholfen. Ende September wird eine Studie erwartet, die der Verfassungsschutz über die Sicherheitsbehörden ausarbeiten soll – vom BND über das Zollamt bis zur Polizei. Ich bin gespannt, ob sie zur Wahrheitsfindung beiträgt oder niemandem weh tun möchte.

Rund 250.000 Polizisten gibt es in Deutschland. Knapp ein Drittel von ihnen stammt aus Migrantenfamilien, nicht gerade wenig. Kein schlechtes Verhältnis. Sicherlich finden auch unter den Beamtinnen und Beamten Alltagsdebatten statt, was rassistisch ist und was noch geht, wann eine Grenze überschritten wird und wie sie mit rechten Kollegen umgehen sollen und wann sie einen der ihnen dem Vorgesetzten melden sollte.

Alltagsstudie wäre sinnvoll

Für eine Studie, die den Alltag beschreibt und die interne Konflikte behandelt, die mir erzählt, wie Demos à la Düsseldorf oder Berlin auf diejenigen in Uniform wirkt, die neben den Demonstranten herlaufen und mit anhören, was dort oben auf der Tribüne an Theorien über die Gesellschaft verbreitet wird und was das mit ihnen macht – dafür würde ich mich interessieren. Denn im Normalfall formt die Arbeit die Einstellung der Arbeitenden zur Arbeit, was denn sonst.

Werden sie irre an ihrem Beruf? Zynisch? Was folgern sie für sich selber aus den Erlebnissen und was erzählen sie, wenn sie heim zu ihren Familien kommen?

Daraus würde wie von selbst eine Studie über die Einstellung der Polizisten und Polizisten zu ihrem Job und zu ihrem Land entstehen. Eine Mentalitätsstudie über ein bestimmtes Milieu innerhalb der Sicherheitsbehörden, aus

der sich Konsequenzen ziehen ließen, vor allem dann, wenn sie so vorurteilsfrei wie möglich angelegt wäre.³⁷

Vielen Dank Herr Spörl!

Nach Razzia

23 mutmaßliche "Reichsbürger" in U-Haft

Stand: 08.12.2022 17:25 Uhr

23 Menschen wurden bei der Razzia in der "Reichsbürger"-Szene deutschlandweit festgenommen - und inzwischen sind alle von ihnen in U-Haft. Das BKA rechnet mit weiteren Verdächtigen. Der SPD-Chef forderte Konsequenzen für die AfD.

Nach der Großrazzia in der "Reichsbürger"-Szene sind inzwischen alle in Deutschland festgenommenen Verdächtigen in Untersuchungshaft. Wann die beiden in Österreich und Italien gefassten Männer den Ermittlungsrichtern vorgeführt werden, gab die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nicht bekannt.

Die Behörde hatte am Mittwoch 25 Menschen festnehmen lassen. 22 von ihnen wirft sie vor, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein, die das politische System in Deutschland stürzen wollte. Drei weitere Festgenommene gelten den Angaben zufolge als Unterstützer. Details etwa zu sichergestellten Waffen nannte die Sprecherin der Bundesanwaltschaft nicht. Sie machte auch keine Angaben dazu, ob sich aus den Vernehmungen und Ermittlungen Hinweise auf weitere Beschuldigte ergeben haben.

BKA rechnet mit wachsender Zahl von Verdächtigungen

Das Bundeskriminalamt rechnet aber mit einer wachsenden Zahl von Verdächtigen. Die Zahl der beschuldigten Mitglieder beziehungsweise Unterstützer sei bis Donnerstag bereits von 52 auf 54 gestiegen und könne noch weiter anwachsen, sagte BKA-Präsident Holger Münch im ARD-Morgenmagazin. "Wir haben noch weitere Personen identifiziert, von denen wir noch nicht genau wissen, welchen Status sie im Bezug auf diese Gruppe haben", sagte Münch.

Das deutsche Staatssystem sei aber zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen. "Man muss nicht annehmen, dass eine Gruppe, die eine zweistellige, vielleicht eine kleine dreistellige Zahl umfasst, in der Lage ist, das Staatssystem in Deutschland wirklich in Frage zu stellen", so Münch. Dennoch sei die

³⁷ t-online.de, URL: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88611044/corona-krise-das-sind-wirklich-die-saeulen-unserer-gesellschaft.html (21.09.2020)

Gruppe gefährlich, da sie "irrationalen Überzeugungen" folge. An 50 Objekten hätten Ermittler Waffen und Munition gefunden. "Das zeigt, harmlos ist das nicht", sagte Münch.

Wüst warnt davor, die Szene zu unterschätzen

Auch der Präsident des Verfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, zweifelt nicht an der Ernsthaftigkeit der mutmaßlichen Umsturzpläne der "Reichsbürger". Haldenwang sprach von einer "recht realen Gefahr", die von der Gruppierung ausgegangen sei. Mittlerweile hätten die Sicherheitsbehörden durch die seit dem Frühjahr andauernden Ermittlungen einen recht klaren Überblick über den Inhalt und die Entwicklung dieser offenbar geschmiedeten Umsturzpläne. Wann diese möglicherweise umgesetzt werden sollten, ist aber unklar.

Klingbeil fordert Konsequenzen für AfD

SPD-Chef Lars Klingbeil forderte Konsequenzen für die AfD. "Die AfD gehört flächendeckend auf die Beobachtungsliste des Verfassungsschutzes und nicht in Parlamente, Gerichte oder den öffentlichen Dienst", sagte Klingbeil der Nachrichtenagentur dpa. Die Razzia habe abermals eine enge Verbindung der gewaltbereiten rechtsextremen Szene mit der AfD gezeigt. "Das muss Konsequenzen haben." Klingbeil nannte die AfD eine "offen verfassungsfeindliche Partei", die als "parlamentarische Schnittstelle für Hass, Hetze und Gewalt" agiere.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) warnte davor, Anhänger der Szene zu unterschätzen. Wenn Menschen mit militärischer Ausbildung dabei seien, die auch Zugang zu Waffen haben, müsse das ernst genommen werden, sagte Wüst im "Frühstart" der Sender RTL und ntv.

Die Union forderte ein hartes Durchgreifen gegen die Szene. "Die Gruppe hatte konkrete Umsturzpläne unter Inkaufnahme von Gewalt gegen Leib und Leben. Das hat eine neue Qualität", sagte Fraktionsvize Andrea Lindholz (CSU) der Düsseldorfer "Rheinischen Post". Reichsbürger und Selbstverwalter seien "alles andere als harmlose Spinner und Verschwörungstheoretiker", warnte sie.

Behörden verteidigen Zeitpunkt des Zugriffs

Dass es trotzdem Monate bis zur Großrazzia dauerte, begründete BKA-Chef Münch damit, dass zunächst genügend Beweise dafür gesammelt werden mussten, dass es sich um eine terroristische Vereinigung handele. So habe es in der Gruppierung einen "Rat" gegeben, der Beschlüsse getroffen habe sowie einen militärischen Arm, der auch Waffen besorgt haben soll. "Da

warten sie nicht bis zum letzten Augenblick. Sondern, wenn das dann klar ist, dann heißt es auch: Zuschlagen", betonte Münch.³⁸

Zum Forschungsprojekt „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten – MEGAVO“:

Bundesinnenminister Seehofer: "Eine Investition in die Zukunft unserer Polizei"

Der Bundesinnenminister gibt eine Studie zu Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizistinnen und Polizisten in Auftrag

"Ich möchte wissen, wie und an welcher Stelle wir unsere Polizistinnen und Polizisten im Alltag noch besser unterstützen können", erklärte Bundesinnenminister Horst Seehofer, der die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) mit einer umfangreichen Studie zur Polizei in Deutschland beauftragt hat. "Tausende Polizistinnen und Polizisten sorgen Tag und Nacht für unsere Sicherheit. Was für uns alle selbstverständlich ist, ist für die Einsatzkräfte nicht immer leicht," so Seehofer.

Dreijährige Forschung zu Motivation, Einstellung und Gewalt im Polizeialltag

Die von Bund und Ländern gemeinsam geförderte DHPol soll für das Forschungsprojekt drei Themenkomplexe untersuchen: die Motivation hinter der Berufswahl, den Berufsalltag und Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Drei Jahre lang sollen verschiedene Informationen und Daten gesammelt und ausgewertet werden. Für ihn sei die Polizeistudie eine Investition in die Zukunft unserer Polizei, so der Bundesinnenminister.

Dabei geht es neben Arbeitszufriedenheit auch um Motivation und Maßnahmen zur Minimierung von Gewalterfahrungen. Für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gilt null Toleranz. Die Studie soll untersuchen, wie dieser Anspruch auch künftig gelebt werden kann.³⁹

³⁸ tagesschau.de, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/razzia-reichsbuerger-staatsstreich-geplant-105.html> (Über dieses Thema berichtete die tagesschau am 07. Dezember 2022 um 15:00 Uhr.)

³⁹ Deutsche Hochschule der Polizei, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/megavo-projektskizze.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Projektskizze, Prof. Dr. Anja Schiemann, Deutsche Hochschule der Polizei, Münster)

Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten – MEGAVO

Forschungsprojekt der DHPol, finanziert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)

1. Ziele

Ziel des Vorhabens ist es, ganzheitlich Erkenntnisse zum Berufsalltag von Polizeibeamten in den unterschiedlichsten Verwendungen zu erlangen und positiv wie negativ beeinflussende Faktoren zu identifizieren, die die Motivation und Arbeitszufriedenheit stärken oder minimieren. Eng damit zusammen hängt die Erfassung von Gewalterfahrungen von Polizeibeamten und deren Auswirkungen auf den Arbeitsalltag und die Psyche. Daneben sind die Motivation für die Berufswahl zu erfassen und zu untersuchen, inwieweit sich Motivation und Wertorientierung der Polizisten im Laufe des Berufslebens wandeln. Daher ist eine Vollerhebung aller Polizeibeamte des Bundes und der Länder geplant sowie die Generierung vertiefender Erkenntnisse durch qualitative Experteninterviews von Polizeibeamten. Durch eine erste Panelerhebung im 3. Jahr können Erkenntnisse zu der Entwicklung zu Motivation und Wertorientierung gewonnen werden. Die Panelerhebung erfolgt nach Abschluss der Förderphase weiter, um Erkenntnisse zur Entwicklung im Längsschnitt zu vertiefen und zu überprüfen. Durch die Studie sollen Best-Practice-Modelle und Handlungsempfehlungen entwickelt werden, die sich positiv auf Arbeitszufriedenheit und Motivation von Polizeibeamten auswirken sowie Gewalterfahrungen minimieren können. Bestehende Maßnahmen, die sicherstellen, dass der Grundsatz der Nulltoleranz gegenüber Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus in und von der Polizei gelebt wird, gilt es fortzuschreiben und bei Bedarf ggf. weiterzuentwickeln. Zudem werden bestehende Hilfsangebote für durch Gewalt oder extreme Arbeitsbelastung betroffene Polizeibeamte identifiziert und Konzepte für die effektivere Ausgestaltung entworfen.

2. Beschreibung des Vorhabens/Vorgehensweise

Das Forschungsprojekt beabsichtigt, im Rahmen eines modularen Aufbaus drei Forschungsfragestellungen zu beantworten. Im ersten Modul geht es um die Identifizierung der Faktoren und Motive, die junge Menschen dazu veranlasst hat, als Beruf den einer Polizeibeamtin oder eines Polizeibeamten zu wählen. Zudem sind die grundsätzlichen Einstellungsmuster dieser Berufsgruppe zu erheben, um in diesem Kontext herauszuarbeiten, inwieweit sich Motivation und Wertorientierung der Polizisten im Laufe des Berufslebens wandeln. Hierzu ist eine quantitative Vollerhebung und Befragung aller Polizeibeamten des Bundes und der Länder mittels Online-Fragebogen vorgesehen. Eine weitere Panelerhebung im 3. Jahr soll Erkenntnisse zur

Entwicklung der Motivation und dieser zugrundeliegenden Faktoren für die Berufswahl sowie zu möglichen Veränderungsmustern liefern. Im zweiten Modul wird der Berufsalltag von Polizisten umfassend beleuchtet. Untersucht wird hier, welche unterschiedlichen Erfahrungen die Polizeibeamten je nach Tätigkeitsgebiet sammeln, welche positiven Aspekte sie in ihrer Berufswahl bestärken und motivieren und welchen negativen Aspekten sie im Arbeitsalltag ausgesetzt werden. Neben grundsätzlichen Erhebungen zur Arbeitszufriedenheit sind hier auch Detailerhebungen geplant, um Einschätzungen zu Arbeitsplatz, Arbeitsausstattung und Work-Life-Balance herauszuarbeiten. Zu differenzieren ist in diesem Rahmen zudem nach den unterschiedlichen, facettenreichen Einsatzmöglichkeiten der Polizeibeamten. **Denn die unterschiedlichen Tätigkeiten im Rahmen von Schutz- und Kriminalpolizei, bspw. im Kriminaldauerdienst,** bei Sondereinsatzkommandos aber auch klassischen operativen oder administrativen Tätigkeiten lassen vermuten, dass die positiven und negativen Faktoren variieren, so dass tätigkeitsspezifische Erhebungen sowie daran zu formulierende Verbesserungspotenziale sinnvoll erscheinen. Eng damit verknüpft ist das dritte Modul, das die negativen Erfahrungen von Polizeibeamten in Bezug auf kritische und eskalierende Situationen beleuchtet.

3. Methodik

Das Projektvorhaben kombiniert die quantitative mit der qualitativen Forschungsmethode, da durch eine sog. Mixed-Methods-Studie die Validität der Ergebnisse gesteigert werden kann.¹ Im Wege einer Vollerhebung sollen die Polizeivollzugsbeamten des Bundes und der Länder per Online-Fragebögen zu Motivation und Einstellungen befragt werden. Nach Auswertung der Ergebnisse sind zusätzliche Experteninterviews geplant, um positive Faktoren zu identifizieren und fortzuentwickeln sowie negativen Einflussfaktoren vorzubeugen. Hier gilt es auch, Kriterien zu identifizieren wie der Grundsatz der Nulltoleranz gegenüber Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus innerhalb der Polizei gelebt wird, um die Einhaltung dieses Grundsatzes auch in Zukunft sicherzustellen. Die besonderen Herausforderungen im Berufsalltag werden durch teilnehmende Beobachtungen, Fokusgruppen und Einzelinterviews erhoben. Daran orientiert sollen Handlungsempfehlungen formuliert werden, um den Berufsalltag tätigkeitsspezifisch zu optimieren und die Arbeitszufriedenheit zu steigern. Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte soll durch Einzelinterviews von Polizeibeamten und Tätern nicht nur durch Analyse des dynamischen Gewaltgeschehens, sondern auch mit Blick auf die Auswirkungen auf die betroffenen Polizeibeamten im Rahmen ihres weiteren beruflichen Alltags beleuchtet werden. Hier sind zudem die möglichen Hilfsangebote zu identifizieren bzw. fortzuschreiben.

Um die Entwicklung von Motivation und Einstellungsmustern auch im Rahmen einer breiteren Längsschnittstudie erheben und beurteilen zu können, ist

eine quantitative Panelstudie im Abstand von 3 Jahren durch das Fachgebiet III 5 Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminalpolitik durch die Deutsche Hochschule der Polizei geplant.

4. Projektlaufzeit

Die Dauer der beantragten Förderung für die Querschnittstudie mit einer zweiten Befragungswelle im Längsschnitt beträgt 36 Monate. Darüber hinaus erfolgt eine Längsschnittbefragung (Panelstudie) im 6., 9. und 12. Jahr.⁴⁰

¹ Kühl/Strodtholz/Taffertshofer 2009, S. 22; Schnell/Hill/Esser 2013, S. 253

Es könnte im Rahmen dieser Studie auch die Bewerberauswahl analysiert und geprüft werden, wie sich der zunehmende Frauenanteil im Polizeivollzugsdienst auf den Einsatzwert und die Einsatzbelastung der Polizei auswirkt (vgl. Kapitel 6: Frauenförderung und Frauenanteile in der Vollzugspolizei).

Zitat Pistorius zur Ankündigung einer Polizeistudie durch den Bundesinnenminister

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor dem Hintergrund der Ankündigung des Bundesinnenministeriums, die Deutsche Hochschule der Polizei mit einer dreijährigen Studie zur Arbeit der Polizei zu beauftragen, hier ein Zitat des Niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport, Boris Pistorius:

„Ich freue mich, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer heute eine bundesweite Studie zum Polizeialltag angekündigt hat. Damit schließt er sich nun offensichtlich doch weitgehend dem Beschluss der SPD-Innenminister und der Gewerkschaft der Polizei an. Ich freue mich auf die detaillierte Vorstellung dieses Ansatzes im Rahmen der in dieser Woche stattfindenden Innenministerkonferenz. Außerdem gehe ich davon aus, dass die Länder und auch die Gewerkschaften in die weitere Ausgestaltung der Studie eng eingebunden werden. Schließlich leistet der weit überwiegende Teil der Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst in den Ländern. Nur eine gemeinsam

⁴⁰ Vgl. URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/projektskizzemegavo.pdf;jsessionid=E3DD0D4EE3B5F9A2B78E33563D2F32C5.1_cid295?__blob=publicationFile&v=3 (1.12.2020)

durchgeführte und inhaltlich abgestimmte Studie kann uns den erhofften Erkenntnisgewinn liefern.“⁴¹

Polizei

Polizei-Studie: Klagen über Ausstattung und Justiz-Frust

3. April 2023, 19:21 Uhr

Direkt aus dem dpa-Newskanal

Berlin (dpa) - Die Unplanbarkeit von Dienstzeiten und Mängel in der Ausstattung gehören zu den Belastungsfaktoren, über die Beamte der Bereitschaftspolizei laut einer Studie besonders häufig klagen.

Wer bei der Kriminal- oder Schutzpolizei arbeitet, erlebt als Stressfaktoren dagegen besonders häufig Personalmangel und den Umgang mit Opfern von Straftaten. Das geht aus einer vom Bundesinnenministerium beauftragten Studie zum Alltag und zu den Einstellungen bei der Polizei hervor.

Unzufriedenheit mit Justiz

Als belastend wird der Kontakt mit Opfern insbesondere dann erlebt, wenn es sich dabei um Kinder handelt oder um Menschen, die den Angehörigen der Polizei zuvor bekannt waren. "Unzufriedenheit mit dem Justizsystem, insbesondere im Hinblick auf die Strafverfolgung", wurde in allen Einheiten der Polizei häufig als Problem benannt.

Bei einer breit angelegten Befragung von Polizisten im Bund und in den Ländern stellte sich zudem heraus, dass jeder fünfte Teilnehmer im zurückliegenden Jahr mindestens einmal erlebt hatte, dass ein Kollege oder eine Kollegin die Erfüllung dienstlicher Pflichten verweigerte. 29 Prozent der Teilnehmer der Befragung berichteten über von ihnen beobachtete Verletzungen von Dienstpflichten. Mehrheitlich positiv wurde das Verhältnis zu den Kollegen beurteilt.

In dem am Montag veröffentlichten Zwischenbericht zu der noch unter dem früheren Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bei der Deutschen Hochschule der Polizei in Auftrag gegebenen Studie, heißt es: "Menschenfeindliche Positionen, so lässt sich bisher zusammenfassend festhalten, lassen sich wie in der Gesamtbevölkerung auch in der Polizei feststellen." Etwas stärker als in der Gesamtbevölkerung finden sich bei der Polizei laut Studie Vorurteile gegenüber Wohnungslosen sowie muslimfeindliche Einstellungen.

"Stereotypisierungen" durchaus festgestellt

⁴¹ Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, URL: <https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/zitat-pistorius-zur-ankundigung-einer-polizeistudie-durch-den-bundesinnenminister-195297.html> (erstellt am: 08.12.2020)

Auf gesellschaftliche Debatten um die Frage, ob es in der Polizei institutionellen Rassismus gebe oder eine professionelle Fehlerkultur erschwert werde, reagierten Führungskräfte und Polizeivollzugsbeamte im Gespräch mit den Forschern laut dem Bericht häufig mit der Aussage, "es könne sich in solchen Fällen lediglich um bedauernswerte Einzelfälle handeln, die fern der eigenen Organisationseinheit zu finden seien". "Stereotypisierungen", beispielsweise, dass über angebliche generelle Eigenschaften von Menschen aus Bulgarien gesprochen wurde, seien aber bei teilnehmenden Beobachtungen im Polizeialltag durchaus festgestellt worden.

Bei jüngeren Mitarbeitern und Polizisten mit weniger Dienstjahren seien die Diskriminierungstendenzen geringer als bei Älteren, heißt es in dem Zwischenbericht. Inwiefern hier das Lebensalter oder die Erfahrungen im Berufsalltag als Faktoren ausschlaggebend sind, muss nach Einschätzung der Forscher jedoch noch genauer untersucht werden.

Die Online-Befragung fand in den verschiedenen Bundesländern sowie bei der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt in unterschiedlichen Zeiträumen statt. Sie begann im November 2021 und wurde im Oktober 2022 abgeschlossen. Die Aufforderung zur Teilnahme richtete sich an alle Beschäftigten. Die Teilnahme war freiwillig. In Baden-Württemberg und Hamburg konnte nach Angaben der Autoren keine standardisierte Befragung durchgeführt werden. Der Anteil der verwertbaren Fragebögen in Relation zu allen Mitarbeitenden der jeweiligen Polizeibehörde variierte zwischen sechs und 33 Prozent.

Studie umstritten

Die Studie war schon bevor der erste Fragebogen dafür erstellt wurde ein Politikum. Seehofer stellte sich damals gegen Forderungen, eine Untersuchung zu Rassismus in der Polizei in Auftrag zu geben. Am Ende einigte man sich auf eine Studie, die sowohl die Motivation als auch den Arbeitsalltag und die Einstellungen von Polizisten und Polizistinnen beleuchten sollte. Der von den Autoren konzipierte Fragebogen beinhaltet auch eine politische Selbsteinschätzung auf einer Links-Rechts-Skala, bei der sich etwa 60 Prozent in der Mitte verorten. Allerdings dürfte die Aussagekraft hier womöglich begrenzt sein, da einige der Beamten bei der Beantwortung dieser Frage hier das für sie geltende Neutralitätsgebot im Blick gehabt haben dürften.

Immerhin 14 Prozent stimmten laut Studie der dem Bereich der Verschwörungserzählungen zuzuordnenden Aussage zu, es gebe "geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben". Etwa jeder fünfte Befragte stellte sich hinter die Aussage, Demonstrationen seien "oft nur ein Deckmantel für Menschen, die Krawall machen wollen".⁴²

⁴² Süddeutsche Zeitung, URL: <https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizei-polizei-studie-klagen-ueber-ausstattung-und-justiz-frust-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230403-99-198473> (© dpa-infocom, dpa:230403-99-198473/3)